

„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Wenn nötig, reagiert sie geschmeidig, unsere „Eiserne Mutti“ – eigentlich scheint sie es zu riechen, wenn es opportun ist, auf die „Volksmeinung“ zu reagieren. Auch wenn es wehgetan haben musste, sie hat richtig reagiert, verzeihen wird sie es der FDP wohl kaum.

In Gauck haben wir wohl einen Präsidenten gefunden, der, so weit es möglich ist, Präsident (fast) aller Menschen in Deutschland zu sein verspricht.

Die Bitte um Vergebung bei den Angehörigen der Opfer der Zwickauer Zelle darf nicht einsames Zeichen sein: es muss endlich eine ernsthaft nachhaltige Integrationspolitik betrieben werden. Laue Lippenbekenntnisse und Inkonsequentes Verhalten dürfen nicht weiter bestimmend sein. Viele Migranten sind enttäuscht und überlegen sich nicht nur, eine andere Heimat zu suchen. Gerade die Ge- und Ausgebildeten wandern einfach ab. Können wir uns das wirklich leisten?

Was zurzeit von Deutschen über Griechen oder von Griechen über die Deutschen zu

hören ist, muss zutiefst beschämen. Was der SVP in der Schweiz angelastet wird, findet in Europa unter Freuden statt: Fremdenhass! Ein Gespenst ist wieder aufgestanden.

Wie können Deutsche vergessen, welche Folgen die Sparpolitik Brüning's zeitigte, wie können Griechen die Hilfe der reicheren Länder als Vergewaltigung ihres Volkes verstehen?

Zur Hilfe für Griechenland (und die anderen hilfsbedürftigen Länder) zwingt uns nicht nur die Sorge um unser eigenes Wohlergehen. Zur Erinnerung: Der Marshall-Plan hat vor allen Dingen das nach dem Zweiten Weltkrieg total am Boden (aus eigener Schuld) liegende Deutschland gerettet.

Es grüßt Sie

die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|---|-----------|
| - „Ende gut, alles gut“ | 2 und 6/7 |
| - Europa: „Soziales Europa ist Herzensangelegenheit“ - "Neues Jahr, alte Probleme - und wieder nur halbherzige Lösungen" | 3 - 4 |
| - „Europäischer Zahlungsraum ohne Grenzen“ | 4 |
| - "Sparerschutz auf Sparflamme ist mit uns nicht zu machen!" - „Verbraucherrechte Reisender gestärkt“ | 4 - 5 |
| - Ungarn am Scheideweg | 6 |
| - Bund: Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen - Wissenswertes über Fracking | 7 - 8 |
| - BW: Neuwahlen in SPD-Kreisverbänden | 8 - 9 |
| - Wie kommen wir als Regierungspartei im Land zu den Leuten in der Diaspora Oberschwaben rüber? | 9-10 |
| - SPD-Bodenseekreis: Jahreshauptversammlung beim SPD-Ortsverein Immenstaad | 10-11 |
| - Brief an IM Gall: Polizeireform Baden-Württemberg – Rechtsextremismus | 11-12 |
| - SPD Meersburg im Kinderhaus Daisendorf | 12-13 |
| - GEW: „Kitas haben zu wenig Lobby“ | 13-14 |
| - OV Salem: Wechsel im Vorsitz | 14 |
| - Termine im Bodenseekreis/SBI | 14-15 |
| - SBI: - SP Kanton SG: SP startet mit Unterschriftensammlung für Energiewende | 16-17 |
| - Keine Zweiklassengesellschaft bei den Lehrpersonen - Die SP ist gut unterwegs! | 17-19 |
| - Das grosse BLD-Schlammassel | 19-20 |
| - SPÖ Vorarlberg: Fracking im Bodenseeraum – Eine Gefahr für Vorarlberg? | 20 |
| - Ist FPÖ-Egger ein Antisemit? | 20-21 |
| - Frauen- und familienpolitische Rahmenbedingungen dringend modernisieren! | 21 |
| - SPD Kreis BC und Martin Gerster: | |
| - Statt Bauzusage unnötige Attacken gegen neue Landesregierung – Innenminister Reinhold Gall kommt in den Landkreis BC | 21-23 |
| - Reinhold Gall kommt nach Riedlingen | 23 |
| - SPD Kreis KN - MdL Hans-Peter Storz: "Durchsichtige Kampagne" | 23 |
| - SPD Kreis RV: Die Energie ist da | 2 3-24 |
| - Ulm und Hilde Mattheis: Hilde Mattheis besucht Akademie für Gesundheitsberufe des Universitätsklinikums Ulm | 24-25 |
| - Der 43. Hitler Attentäter – Interview mit den Autoren | 25-27 |
| - Auflösung Quizfrage | 28 |
| - Mail-Informationdienst der SPD- Bundestagsfraktion Freitag, 10. Februar 2012 | 28-31 |
| - Impressum | 32 |

„Ende gut, alles gut“

Der Favorit von SPD und Grünen für die Nachfolge des zurückgetretenen Bundespräsidenten Wulff, Joachim Gauck, soll neuer Bundespräsident werden. Darauf verständigten sich die Parteichefs der Regierungskoalition mit der SPD und den Grünen. Es sei gut, „dass er jetzt ein gemeinsamer Kandidat“ ist, sagte SPD-Chef Sigmar Gabriel. Gauck könne die Kluft zwischen Bürgern und Politik überwinden helfen.

„Überschrift könnte lauten: Ende gut, alles gut“, sagte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel am Sonntag zur Nominierung von Joachim Gauck als Bundespräsidentenkandidat. Diesen Gefallen tut ihm der Autor, denn am Ende ging alles ganz schnell - und gut. Nachdem die FDP ihre Unterstützung für Joachim Gauck im Verlauf des Sonntags bekannt gab, lenkte am Abend schließlich auch die Union ein.

Der Theologe und DDR-Bürgerrechtler Joachim Gauck, den die SPD gemeinsam mit den Grünen bereits bei der letzten Bundesversammlung vorgeschlagen hatte, wird der überparteiliche Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten. Das gaben die Vorsitzenden von CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen am Sonntagabend in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Kanzleramt in Berlin bekannt.

Gabriel:

„Gemeinsames Ergebnis ist gutes Zeichen in Bevölkerung hinein“

Gabriel wertete es als ein „wichtiges Signal“ an die Bevölkerung, dass die Parteien sich auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen konnten. Ausdrücklich lobte er das Bemühen der Koalition zu einem gemeinsamen Kandidaten zu kommen und bedankte sich für die „offenen und fairen Gespräche“ zwischen Regierung und Opposition während der Kandidatenfindung.

Natürlich freue sich die SPD besonders über Joachim Gauck, „weil wir ihn schon damals aufgestellt haben“, sagte der Parteivorsitzende. Bereits 2010 wurde Gauck von den Sozialdemokraten und den Grünen als gemeinsamer Kandidat vorgeschlagen.

Fortsetzung auf Seite 6



Europa

Europa

Von jetzt an wird der Rote Seehas an dieser Stelle nicht nur Beiträge unserer Europaabgeordneten veröffentlichen. In einer Sonderbeilage zu jeder zweiten Ausgabe werden auf etwa einer Seite Informationen zu Europa stehen. Beiträge zum Thema EUROPA sind hier willkommen. Evelyne Gebhardt und Peter Simon haben ebenfalls ihre Mitarbeit an der Beilage angekündigt.



**Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten
im Europäischen Parlament**

„Soziales Europa ist Herzensangelegenheit“

SPD-Abgeordnete Gebhardt erneut zur Koordinatorin gewählt

Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments haben **Evelyne Gebhardt** aus Mulfingen (Hohenlohekreis) in Brüssel wieder zu ihrer Fraktionssprecherin gewählt. „Dies ist ein großer Vertrauensbeweis und das freut mich sehr. Damit trage ich weiterhin die Verantwortung im Namen meiner Fraktion für die soziale Ausgestaltung der europäischen Politik im Bereich Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Ich nehme die Herausforderung dem europäischen Binnenmarkt ein soziales Gesicht zu geben, gerne an“, so die SPD-Abgeordnete.

„Aktuelle Themen wie die Revision der Berufsamerkenungsrichtlinie, das Europäische Vertragsrecht, die Novellierung der Öffentlichen Auftragsvergabe, die Dienstleistungskonzessionen und das Zugangsrecht auf ein Bankkonto erfordern unsere volle Aufmerksamkeit, denn wir wollen ein Europa für die Bürger und Bürgerinnen schaffen, in dem nicht der Wettbewerb, sondern die sozialen Belange und der Verbraucherschutz im Vordergrund stehen“, erklärte **Evelyne Gebhardt** abschließend

**Künzelsau, den 1. Februar 2012
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP**

Peter SIMON:

"Neues Jahr, alte Probleme - und wieder nur halbherzige Lösungen"

EU-Gipfel enttäuscht erneut die Erwartungen

"Wer zu Anfang des Jahres auf den großen Befreiungsschlag gehofft hat, wurde wieder einmal enttäuscht. Die Staats- und Regierungschefs setzen ihre Politik der kleinen Schritte ungeachtet der dramatischen Lage weiter fort. So manövriert sich Europa weiter und weiter ins Abseits", kritisiert der baden-württembergische SPDEuropaabgeordnete **Peter SIMON** die Beschlüsse des EU-Gipfels. "Es hat schon etwas Surreales und die Realität Verkennendes, wenn sämtliche Experten, sei es der Internationale Währungsfonds, sei es die Weltbank, ein stärkeres Engagement der Bundesregierung fordern, deren europäisches Krisenmanagement sich aber hauptsächlich auf Spardiktate beschränkt. Es reicht nicht aus, in der offiziellen Erklärung zum Gipfel festzustellen, dass mehr getan werden müsse, um Europa aus der Krise zu führen, wenn dann keine verbindlichen Maßnahmen in diese

Richtung getroffen werden", so das Mitglied des Wirtschaftsausschusses weiter.

"Von einer breit angelegten Wachstumsinitiative, die Krisenstaaten mit einem Marshallplan auf die Beine hilft, sind die Vorschläge weit entfernt. Nur Gelder aus den Strukturfonds umzuprogrammieren, kann doch nicht die ganze Antwort auf die dramatische Situation in Griechenland und in den anderen Krisenstaaten sein. Die fehlende Wachstumsperspektive setzt dem Euroraum genauso zu wie die daraus direkt resultierenden hohen Zinsaufschläge. Dieser Teufelskreis muss endlich durchbrochen werden", fordert **Peter SIMON**.

"Zur Überwindung der Krise fordert das Europäische Parlament fraktionsübergreifend verbindliche wachstumsfördernde Maßnahmen sowie die Einführung von Euro-Bonds und einer Finanztransaktionssteuer. Es ist höchste Zeit, dass die Staats- und Regierungschefs dies aufgreifen und endlich handeln", unterstreicht **Peter SIMON**.

Brüssel, 31.01.2012

Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

Evelyne Gebhardt und Udo Bullmann:

„Europäischer Zahlungsraum ohne Grenzen“

Keine Veränderung bei Einzugsermächtigungen / Wegfall des BIC-Codes ab 2014

In der Plenumsabstimmung am heutigen Dienstag gab das Europäische Parlament grünes Licht für die Umsetzung des vereinheitlichten europäischen Zahlungsraums (SEPA) ab dem 1. Februar 2014. Die sozialdemokratische Fraktion hatte in zähen Verhandlungen mit dem Ministerrat wichtige Forderungen zur Stärkung des Verbraucherschutzes durchgesetzt. „Geldtransfers innerhalb der EU werden künftig günstiger und schneller abgewickelt. Die Umstellung auf SEPA geschieht ganz im Sinne der Verbraucher. Denn alte Lastschrift-Aufträge und das bedingungslose Widerrufsrecht beim Lastschriftverfahren behalten auch im neuen System ihre Gültigkeit“, begrüßte der Vorsitzende der SPD-Europaabgeordneten Dr. Udo Bullmann das Abstimmungsergebnis.

„Grenzen beim Zahlungsverkehr sind Grenzen in Europa. Es wird Zeit, dass diese nun abgebaut werden und der europäischen Mobilität

nicht mehr im Wege stehen“, betonte die sozialdemokratische Sprecherin im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments Evelyne Gebhardt. Unternehmer und Verbraucher können zukünftig ihren gesamten Euro-Zahlungsverkehr über ein Konto bei einer beliebigen Bank in der Europäischen Union abwickeln. „Einheitliche Zahlungsinstrumente wie SEPA-Überweisungen und ein SEPA-Lastschriftverfahren bieten mehr Rechtssicherheit und Klarheit für die Verbraucher“, so die SPD-Abgeordnete. „Ganz besonders wichtig war mir, dass die Banken die Bürger und Bürgerinnen spezifisch und umfassend informieren müssen. Die Zusammensetzung der IBAN-Nummer ist ganz einfach“, erklärte Evelyne Gebhardt.

Umrechnungshilfen der Banken sollen darüber hinaus den Kunden die Einführung der neuen Kontonummer IBAN erleichtern. Diese setzt sich aus 22 Stellen zusammen: dem Länderkürzel 'DE', einer zweistelligen Prüfziffer sowie der bisherigen Bankleitzahl und Kontonummer. „Damit verliert die IBAN endgültig den unbegründeten Ruf als die Schreckliche. Zusätzlich soll bei nationalen Überweisungen bereits ab dem 1. Februar 2014 auf die Nutzung der Bankleitzahl BIC verzichtet werden“, sagte Udo Bullmann. Nur in begründeten Fällen sei eine Ausnahme hiervon bis zum 1. Februar 2016 möglich.

Straßburg, 14. Februar 2012

Für weitere Informationen:
Büro Udo Bullmann, Büro Evelyne Gebhardt
und Algara Stenzel (Pressesprecherin)

Peter SIMON:

"Sparerschutz auf Sparflamme ist mit uns nicht zu machen!"

Europäisches Parlament macht Druck beim Schutz von Girokonten und Sparsbüchern

"Die Botschaft ist klar und unmissverständlich: Mit dem Europäischen Parlament gibt es keinen Sparerschutz-light, wo der Steuerzahler am Ende wieder mal der Dumme ist", unterstrich der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** nach dem überwältigenden Abstimmungsergebnis für seinen Vorschlag zur Neuregelung der Einlagensicherungssysteme im Plenum des Europäischen Parlaments. "Mit ihrer monatelangen Verschleppungstaktik haben die Mitgliedstaaten

verhindert, dass die Kunden möglichst bald europaweit auf ein wirkungsvolles Sicherungsnetz zurückgreifen können. Statt als Lehre aus der Krise ein Zeichen zu setzen, wurden nur Kompromisse präsentiert, die auf Kosten der Verbraucher und Steuerzahler gehen würden. Das war und ist nicht hinnehmbar", so der Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments weiter.

Unakzeptabel für **Peter SIMON** sind vor allem die unzureichende Ausstattung des Krisenfonds und die zu langen Auszahlungsfristen bei einer Bankenpleite. Während die Parlamentarier eine finanzielle Ausstattung des Krisenfonds in Höhe von 1,5 Prozent der gedeckten Einlagen fordern, wollen die Mitgliedstaaten den Fonds lediglich mit 0,5 Prozent ausstatten und damit nur mit einem Drittel der vom Europäischen Parlament vorgesehenen Stabilität. Auch bei der Frist für die Entschädigung der Sparer bei Bankenpleite halten sie an der bereits bestehenden Regelung von 20 Werktagen fest. Die Abgeordneten folgten stattdessen der Forderung **Peter SIMONs**, dass der Kunde im Falle einer Insolvenz seiner Bank so schnell wie möglich seine Einlagen ausgezahlt bekommt. Ab 2017 soll er sein Geld deshalb innerhalb von fünf Werktagen bekommen. Aber bereits unmittelbar nach Inkrafttreten der Vorschriften muss zumindest eine Vorabzahlung von bis zu 5000 Euro in einer Woche gewährleistet sein. „Es kann nicht angehen, dass ein Kunde bis zu vier Wochen ohne Geld auskommen muss, nur weil seine Bank Pleite geht. Das ist unzumutbar und nicht nachvollziehbar!“, stellte **Peter SIMON** klar. Fraktionsübergreifende Zustimmung gab es auch für seinen Vorschlag, dass flexible Lösungen den unterschiedlichen bereits bestehenden und bewährten nationalen Sicherungssystemen und Bankenmärkten in angemessener Form Rechnung tragen. Damit kann in Deutschland die bewährte Institutssicherung der Sparkassen und der Volks- und Raiffeisenbanken weiterhin die Kunden umfänglich schützen. Diese war durch den ursprünglichen Richtlinienentwurf der Kommission in Gefahr.

In den zukünftigen Verhandlungen wird der für das Europäische Parlament federführend Verantwortliche weiterhin für einen Sparerenschutz kämpfen, der diesen Namen auch verdient. "Die Sparer in Europa haben ein Anrecht auf ein solides Sicherungssystem, das mit ausreichenden Mitteln ausgestattet ist und klar den Kunden in den Mittelpunkt stellt. Jetzt liegt es

an den Mitgliedstaaten dem Europäischen Parlament in den weiteren Verhandlungen entgegenzukommen. Andernfalls werden wir nicht zögern, allen Sparerinnen und Sparern Ross und Reiter zu benennen und deutlich herausstellen, wer einem wirkungsvollen Sparerenschutz entgegensteht“, so **Peter SIMON** abschließend.

Straßburg, 16.02.2012 Für weitere Informationen:
Büro Peter Simon, MdEP

„Verbraucherrechte Reisender gestärkt“

Der Europäische Gerichtshof hat am Donnerstag in einem Urteil die Rechte von Reisenden bei einer Insolvenz des Reiseveranstalters erheblich gestärkt. „Auch wenn die Zahlungsunfähigkeit des Reiseunternehmens auf betrügerisches Verhalten zurückzuführen ist, so muss auch in diesem Fall dessen Versicherung den Reisepreis zurückerstatten und die Rückreise sicherstellen. In Zeiten immer größerer Abhängigkeit der Verbraucher von großen Unternehmen ist das Urteil eine weitere Wegmarke in Richtung eines starken europäischen Verbraucherschutzes“, zeigte sich die SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt** sehr zufrieden.

Hintergrund des Urteils in der Rechtssache Jürgen Blödel-Pawlik / HanseMerkur Reiseversicherung AG war die Klage eines Hamburgers gegen die Versicherung eines Reiseveranstalters bei dem er eine Pauschalreise gebucht hatte. Diese konnte er aufgrund von dessen Zahlungsunfähigkeit aber nicht antreten. Die Versicherung weigerte sich zu zahlen, weil die Ursache der Zahlungsunfähigkeit in dem betrügerischen Verhalten des Reiseveranstalters lag.

„Das Europäische Parlament verfolgte mit der Verabschiedung der Richtlinie über Pauschalreisen seit jeher das Ziel eines umfassenden Schutzes der Verbraucher im Fall der Zahlungsunfähigkeit des Reiseveranstalters. Das gilt unabhängig von der Ursache der Zahlungsunfähigkeit. Ich bin deshalb sehr zufrieden, dass sich der Europäische Gerichtshof dieser Argumentation in seinem Urteil angeschlossen hat“, betonte die sozialdemokratische Sprecherin im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments **Evelyne Gebhardt**.

Straßburg, 16. 02. 2012 Für weitere Informationen:
Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Ungarn am Scheideweg

Gastbeitrag von Wolfgang
Kreissl-Dörfler, MdEP



Die massive Kritik an der Politik des ungarischen Premiers Orbán reißt nicht ab. Die Einwohner haben nicht nur die berechtigte Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren sondern auch, dass ihre bürgerlichen Freiheiten immer weiter beschnitten werden. Meinungsfreiheit, Datenschutz, die Unabhängigkeit der Justiz - all das ist in Gefahr.

Verletzung von EU-Recht

Ungarn steht kurz vor dem Staatsbankrott und ist dringend auf Finanzhilfen von EU und Internationalem Währungsfonds angewiesen. Neben der wirtschaftlichen Situation machen auch hoch umstrittene Gesetze Sorgen. Am 17. Januar hat die Europäische Kommission drei Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Grund hierfür sind Teile der neuen ungarischen Verfassung und Gesetze, die gegen EU-Recht verstoßen indem sie die Unabhängigkeit der ungarischen Zentralbank, der Datenschutzbehörden und der Justiz in Frage stellen.

Demontage europäischer Grundwerte

Das Europäische Parlament, und insbesondere unsere sozialdemokratische Fraktion kritisierte die ungarische Regierung bereits vergangenes Jahr für ihr Mediengesetz und ihre neue Verfassung. Für uns steht fest, dass die europäischen Grundwerte und das EU-Recht nicht nur für Beitrittskandidaten Pflicht sind, sondern im Besonderen von allen EU-Mitgliedern geachtet werden müssen. Wir werden weiterhin darauf drängen und dafür auch die EU-Kommission in die Pflicht nehmen, dass die Orbán-Regierung die umstrittenen Gesetze zurücknimmt. Die Gefahr, dass sich die EU als demokratische Wertegemeinschaft Schaden nimmt, ist einfach zu groß. Die Schere im Kopf beginnt

bereits bei vielen zu wirken, Angst macht sich breit. Das ist Gift für jede Demokratie!

CSU auf rechtem Auge blind

Kritik erfährt die rechtskonservative Orbán-Regierung nicht nur von der EU. Auch US-Außenministerin Hillary Clinton, der Euro-parat, die OSZE sowie unzählige Nichtregierungsorganisationen und Medien zeigen sich besorgt. Umso unverständlicher und irritierender ist es, dass die europäischen Christdemokraten Orbán weiterhin in Schutz nehmen. Konservative Europaabgeordnete, gerade aus der CSU, werfen uns SozialdemokratInnen und anderen kritischen Fraktionen vor, einen "ideologischen Zirkus" zu veranstalten und springen so Orbán zur Seite, der behauptet, Opfer einer "ideologisch gefärbten Propaganda der internationalen Linken" zu sein.

Wir SozialdemokratInnen fordern die Konservativen auf, Orbán, der zudem stellvertretender Vorsitzender der Europäischen Volkspartei ist, endlich Einhalt zu gebieten! Ansonsten entteht der fatale Eindruck, dass manch einer Orbáns Verständnis von Demokratie und Freiheit gerne in die gesamte EU importieren würde.

Aus:

Newsletter Nr. 28 | Januar 2012

Dr. Paul Wengert | MdL, BY

Fortsetzung von Seite 2 „Ende gut ...“

Damals scheiterte er jedoch im dritten Wahlgang gegen den von Union und FDP ins Rennen geschickten Christian Wulff.

Gabriel:

„Bei Gauck ist Freiheit kein hohles Pathos“

Gabriel sagte, es gebe eine Reihe von Dingen, die Gauck auszeichnen. Er würdigte das Bekenntnis von Gauck zur Freiheit. Wie kein zweiter erinnere Gauck daran, dass man die Wertschätzung von Demokratie und Freiheit aufrechterhalten müsse.

Gabriel:

„Gauck wird helfen, Kluft zwischen Bevölkerung und Politik zu schließen“

Gauck gehöre zu denjenigen, die wüssten, dass sich eine große Kluft zwischen der Bevölkerung und den Institutionen der parlamentarischen Demokratie entwickelt hat. „Er nimmt Politikerinnen und Politiker, Parteien und Parlamente nicht aus der Verantwortung für diese

Kluft, aber er ist eben auch keiner, der billiger Parteienschelte oder Parlaments- oder Regierungsschelte das Wort ergeht“, sagte Gabriel. Sondern er werbe „für die Lebendigkeit der parlamentarischen Demokratie, auch der Parteienlandschaft und für Engagement in ihr“.

Der SPD-Vorsitzende hofft, dass Gauck als künftiger Bundespräsident diese Kluft zwischen Bevölkerung und den Institutionen der Demokratie und den Parteien zu schließen helfe. „Die SPD dankt Joachim Gauck auch dafür, dass er durchgehalten hat“ und sich ein zweites Mal auf eine Kandidatur einlasse, so Gabriel.

Gauck:

„Hauptaufgabe wird die Nähe zu den Menschen sein“

Gauck selber sagte, er sei „überwältigt und ein wenig verwirrt“ ob der kurzfristigen Nominierung. Es habe ihm unglaublich geholfen, dass sich die Parteien zusammengefunden hätten. „Das ist natürlich für mich ein besonderer Tag.“ Am meisten bewege es ihn, dass ein Mensch, der noch im finsternen, dunklen Krieg geboren sei und 50 Jahre in einer Diktatur gelebt habe an die Spitze des Staates gerufen werde.

Als zentrales Projekt sieht er die Nähe zu den Menschen an. „Die Nähe von Menschen, die Ja sagen zur Verantwortung, die es überall gibt in unserem Land, nicht nur auf der politischen Ebene, die wird meine Hauptaufgabe sein.“ Er wolle neu einladen, diese Haltung von Verantwortung zu übernehmen und nicht nur als Zuschauer und kritischer Begleiter der öffentlichen Dinge heruzustehen.

Voraussichtlich am 18. März wird die Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten wählen.

19. Februar 2012

Jochen Wiemken,
Redaktion SPD.de

Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen

Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Planungsbeschleunigung geht an den Bürgern vorbei

Häufig wird das Argument angeführt, dass BürgerInnen sich gegen alle Veränderungen stellen werden, die negative Auswirkungen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld mit sich bringen. Ganz nach dem Motto: „Windkraft ja, aber nicht vor meiner Haustür“. Das dies nicht so ist und den Bürgern durchaus gesamtgesellschaftliche Verantwortung wichtig ist hat die Bürgerbefragung in Dischingen (Kreis Heidenheim) gezeigt. 89% der BürgerInnen befürworteten den Ausbau der Windkraft und sogar 60% der Bürger befürworteten einen Ausbau der noch über die Pläne der Verwaltung hinausgeht. **Hilde Mattheis** zeigt sich beeindruckt von dem Ergebnis und betont: „die BürgerInnen von Dischingen haben Verantwortungsbewusstsein und ein Gespür für zukünftige Entwicklungen bewiesen“.

Die Bundesregierung hat einen Entwurf des Planungsvereinheitlichungsgesetzes vorgelegt. „Die Pläne der Bundesregierung sind vollkommen ungenügend, denn die Bürgerbeteiligung spielt hierbei nur eine untergeordnete Rolle“, so **Hilde Mattheis**, MdB. Denn verbindliche Regelungen zur Bürgerbeteiligung sind im Gesetzentwurf nicht vorgesehen. Ob und wie weit Bürgerbeteiligung stattfindet, liegt ganz im Ermessen des Vorhabenträgers. Die SPD-Bundestagsfraktion hat im Dezember ein Konzept zur Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung vorgelegt, in dem eine frühzeitige Bürgerbeteiligung nach verbindlichen Standards gefordert wird. Die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Mattheis** betont: „Häufig besteht die Einschätzung, dass Bürgerbeteiligung und Planungsbeschleunigung sich gegenseitig ausschließen. Dies ist falsch, denn gerade eine frühe Bürgerbeteiligung lässt mögliche Alternativen früher erkennen und kostspielige Fehlplanungen vermeiden“.

Es gibt viele Beispiele der letzten Jahre in denen an der Bevölkerung vorbei geplant wurde und dies im nachhinein zu großem Unmut, aber eben auch zu teils massiven Verzögerungen in der Projektrealisierung führte, gerade auch in Baden-Württemberg. Und die großen Herausforderungen stehen uns noch bevor. Vor allem die Energiewende führt zwangsläufig zu dezentralen Standorten der Energieproduktion wie z.B. Windparks. Die Beteiligung der Bevölkerung bei diesen Veränderungsprozessen ist unerlässlich.

Eine gute Infrastruktur ist für die Wirtschaft in Deutschland von zentraler Bedeutung. In den

kommenden Jahren werden große Investitionen in die Modernisierung und den Ausbau der Energie- und Kommunikationsnetze sowie der Verkehrswege erfolgen. Einerseits gilt es die Verfahren zu beschleunigen. Andererseits rückt die Bürgerbeteiligung - das zeigt auch Stuttgart 21 - immer stärker in den Fokus
Ulm, den 23. 02. 2012 Büro Hilde Mattheis, MdB

Wissenswertes über Fracking

Im deutschen Bodenseeraum ist der Abbau von Schiefergas mittels "Fracking" geplant. Hier einige Fakten dazu

Durch die steigenden Energiepreise werden unkonventionelle Methoden zur Gewinnung von fossilen Brennstoffen zunehmend rentabler. Dazu gehört auch die Förderung von Schiefergas. Schiefergas ist ein natürlich vorkommendes Erdgas, das in Tonsteinen gespeichert wird. Derzeit durchforsten Energieunternehmen zunehmend europäische Schiefergesteinsregionen nach derartigen Vorkommnissen und stecken riesige Claims ab. Im Raum Friedrichshafen – Überlingen – Konstanz wurden englischen Konzern „3legsresources“ bereits Aufsucherlaubnisse erteilt. Die Problematik für die gesamte Bodenseeraum besteht bei der Förderung von Schiefergas in der Methode seiner Förderung – dem „Fracking“.

Was ist Fracking?

Als „Fracking“ wird die Förderung von Bodenschätzen wie etwa Schiefergas mittels einer mehrere hundert bzw. tausend Meter in den Boden gepressten Flüssigkeitsmischung bezeichnet. Die Flüssigkeit erweitert die Mikrorisse des Gesteins, um vorhandenes Gas freizusetzen. Damit die Risse sich nicht durch den Gebirgsdruck wieder schließen, wird das in den Boden gepresste Wasser mit einer chemikalischen Stützmittelflüssigkeiten („Fractfluid“) angereichert. Dadurch kann es zu einer Verseuchung des Grundwassers kommen.

Bei drei im Oktober 2008 von Exxon (Esso) in Niedersachsen durchgeführten Probebohrungen wurden etwa zwölf Millionen Liter Flüssigkeit in 1.100 bis 1.500 Meter Tiefe gepumpt. Neben Quarzsand wurde die Flüssigkeit mit 24.000 Liter Chemikalien angereichert, wobei der Konzern verschweigt, um welche Stoffe es sich handelte. „Spiegel Online“ wurde allerdings eine Liste mit sechs eingesetzten Chemikalien zugespielt:

„Auf dieser (Liste) findet sich unter anderem der Stoff Tetramethylammoniumchlorid, der auf den Sicherheitsdatenblättern von Herstellern als Gift eingestuft wird. Tetramethylammoniumchlorid greift beim Einatmen die Atemwege an, reizt bei Kontakt die Augen und ist bei Verzehr ab einer bestimmten Dosis tödlich.

Auf der Liste findet sich außerdem der Stoff Octylphenol Ethoxylate, der beim Einatmen die Lungen stark angreift und der von seinen Herstellern als gewässerschädigend eingestuft wird. Hinzu kommen Biozide und ein Petroleumgemisch - alles Stoffe, mit denen man ungeschützt nicht in Kontakt kommen sollte und die auf keinen Fall ins Trinkwasser gelangen sollten. Genau dieses Risiko aber könnte bestehen - während des Bohrvorgangs und auch noch Jahre danach.“

(Quelle: www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,725697,00.html)

Gas im Trinkwasser

Die Kontamination von Grundwasser durch Chemikalien entsteht durch ungewollte Rissausbreitung im Zuge des Drucks, mit dem das Wasser ins Erdinnere gepumpt wird. In den USA, wo man schon seit längerem zu dieser Methode greift, sind bereits weitere Gefahren des dieser Rissausbreitung bekannt. So gibt es bereits zahlreiche Fälle einer Vermischung von Wasser direkt mit dem Erdgas. Die Gaskonzentration im Trinkwasser von Haushalten in der Nähe von Bohranlagen ist so hoch, dass das Wasser aus dem Wasserhahn entflammbar ist.

SPÖ-Express, 10.02.2012

Landespolitik:

Neuwahlen in SPD-Kreisverbänden

Der SPD-Kreisverband Ravensburg hat einen neuen Kreisvorsitzenden gewählt. Es ist **Felix Rückgauer**, seit 9 Jahren SPD- Ortsvereinsvorsitzender in der Stadt Ravensburg. Seine Stellvertreter sind **Hannes Munzinger**, auch Pressereferent bei der Kreis-SPD Ravensburg und **Michael Herrmann**, der jetzt im Stuttgarter Kultusministerium arbeitet. Der bisherige SPD-Kreisvorsitzende **Otto Ziegler**, Isny, ist zurückgetreten wegen der Arbeitsplatz-Probleme in der evangelischen Sozial-Diakonie in Isny, um die er sich jetzt verstärkt kümmern muss.

Im Landkreis Tübingen ist die junge **Dorothea Kliche-Behnke** neue dynamische SPD-Kreisvorsitzende. Hier gibt es auch einen sehr aktiv-

en AK Energie mit vielen Initiativen zur Umsetzung der Energiewende vor Ort!

W. Bernhard

Wie kommen wir als Regierungspartei im Land zu den Leuten in der Diaspora Oberschwaben rüber?

Die SPD in der Landesregierung und ihr "Mehrwert" in der ländlichen Region

Diese Frage stand im Mittelpunkt der jüngsten Südwürttemberg-Konferenz im „Kasino“ in Tübingen, zu der die stellv.SPD-Landesvorsitzende **Hilde Mattheis** (Ulm) die Kreisverbände und Mandatsträger/innen eingeladen hatte. Wie kann man OV-Mitglieder aktivieren, interessieren, wie lassen sich möglichst viele neue Mitglieder dazu motivieren, monatlich zwischen 12 und 20 Euro Mitgliedsbeitrag zu zahlen?

Die Mehrheit der SPD-Mitglieder in Südwürttemberg, zwischen Donau und Bodensee, hat die 60-er-Altersgrenze überschritten. Nicht wenige Ortsvereine haben so wenige Mitglieder, dass kaum mehr ein Kassenbericht an die SPD-Regionalgeschäftsstelle abgegeben werden kann. Ortsvereine zusammen legen? Ist dann noch eine eigene SPD-Kandidatenliste bei der Gemeinderatswahl im Juni 2014 möglich? Können die Leute vor Ort dann noch intensiver angesprochen werden bei Info-Ständen auf dem Wochenmarkt, wenn es am Ort keinen eigenen SPD-Ortsverein mehr gibt? Wie kann die Regierungsbeteiligung der SPD in der jetzigen Landesregierung in Stuttgart besser genutzt werden, um in einem „Nord-Süd-Dialog“ gerade die SPD-Untergliederungen wie im südlichen Südwürttemberg (ohne eigenen SPD-Abgeordneten) mit besonderen Veranstaltungen unter Beteiligung von SPD-Ministern und Staatssekretären themenbezogen zu unterstützen ?

Hierzu hatte **Ulrich Möhrle** von der SPD-Regionalgeschäftsstelle Biberach ein interessantes Papier mitsamt einem allfälligen Kostenrahmen, der auf den SPD-Landesverband und auf die veranstaltenden SPD-Kreisverbände aufgeteilt werden soll. 10 bis 12 Veranstalt-

ungen unter dem Titel „**SPD im Dialog**“ schweben Ulrich Möhrle vor, wobei stets ein brisantes Thema Wähler, Sympathisanten und Mitglieder ansprechen soll. Die Veranstaltung soll zugleich eine Brücke schlagen zwischen der Bundespolitik, der Landespolitik und einer aktuell spannenden Frage vor Ort in der Kommunalpolitik. Zum Beispiel: Innere Sicherheit, Abwehr von Neonazi-Aktivitäten in der Region und die Reform der Polizeistruktur in Baden-Württemberg von Landesminister Reinhard Gall (SPD). Angesprochen worden ist dabei auch die Überlegung: Was nützt eine solche Veranstaltungswelle, wenn hinterher im Sinne der Nachhaltigkeit nichts mehr passiert? Man geht auseinander, und das war's dann!

Da gibt es leider kein Patentrezept. Beispiel: Im SPD-Kreisvorstand Bodenseekreis hat ein Ortsvereinsvorsitzender kürzlich ein bemerkenswertes Papier zu der Frage vorgelegt: Wie sehr bewegt uns derzeit die Europafrage? Europa ist nicht alles, aber ohne Europa - siehe Griechenland- ist alles nichts! Und wehe-Griechenland und später Portugal gehen tatsächlich Pleite, und wir müssen die Rettungsschirme eines Tages tatsächlich zahlen, dann geht auch in Deutschland das gewohnte parlamentarische Demokratie-System vor die Hunde (vor die Kampfhunde!). Man hat eine Stunde lang über das Papier beraten, Kluges und Richtiges zur Europapolitik gesagt, im Protokoll ist es noch vermerkt, und das wars dann auch. Nächstes Mal- neues Thema- neue Runde- the same procedure as every yearMan könnte ja, man sollte, man müsste, lassen wir es mal lieber. In der Südwürttemberg-Konferenz haben einige Expertinnen wie die Kreisvorsitzenden von Tübingen und Reutlingen auf einschlägige Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zu diesem Komplex hingewiesen, die es wert sind, aufmerksam nachzulesen.

Angesprochen wurden ebenso die Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit von Ortsverein und Gemeinderatsfraktion oder vom Kreisvorstand mit der Kreistagsfraktion bei aktuellen kommunalen Themen.

Die nächste Südwürttemberg-Konferenz tagt übrigens am 19.Mai 2012 in Aulendorf, ab 10 Uhr. Eine weitere Sitzung findet am 19. Oktober, 18 Uhr, in Ulm statt, bei der es um die Nominierungen der Bundestagskandidat/innen aus Südwürttemberg und um die Vorbereitung des SPD-Landeslistenparteitages für die Bundestagswahl im September 2013 gehen soll.

Die südlichen SPD-Kreisverbände in Südwürttemberg (Bodenseekreis, Kreis Ravensburg, Sigmaringen) sind aufgerufen worden, möglichst bald Themenvorschläge und Lokalitäten/Veranstaltungsorte für diese Kampagne an das SPD-Regionalzentrum Biberach zu melden, damit die Veranstaltungen frühzeitig organisiert werden können. Sie sollen alle möglichst dieses Jahr noch über die Bühne gehen.

| | | |
|-----------------------------------|--------------------------------|---|
| Pflege-Situation vor Ort bis 2025 | Blutet der ländliche Raum aus? | Erzieherinnen-Notstand in den Kinderkrippen und Kitas |
| Fachkräftemangel | Zukunft des Ehrenamtes | Energiewende vor Ort |
| Schulreformen Gemeinschaftsschule | Ärztelangel auf dem Land? | Verkehrs-Infrastruktur - Bahn-Straßenbauprobleme |

W. Bernhard



SPD-Ortsverein Immenstaad

Ehrungen, Neuwahlen, Rück- und Ausblick:

Bei der **Jahreshauptversammlung** konnte die Vorsitzende **Irene Demuth** neben unserem Kreisvorsitzenden **Adnan Sabah** fast die Hälfte der 34 Mitglieder begrüßen und sogleich die Ehrungen für 40jährige SPD-Mitgliedschaft vornehmen. Alle Geehrten waren wegen der Aufbruchstimmung der Politik von Willy Brandt in die SPD eingetreten und sind seitdem aktiv dabei. **Regine Klages** hat außerdem 10 Jahre lang die SPD im Gemeinderat (zeitweise auch als Fraktionsvorsitzende) vertreten. **Ernst Deisenberger** führt seit 28 Jahren penibel die Kasse des Ortsvereins. **Alfred Jehle** ist erst später nach Immenstaad gezogen und seitdem eine aktive Stütze des Ortsvereins. Im Namen aller sprach Demuth die große Anerkennung und aufrichtigen Dank für die langjährige Mitarbeit und Treue aus und überreichte Ehrennadel, Blumen und Wein.

In ihrem **Bericht aus der Arbeit des Ortsvereins** konnte die Vorsitzende auf zahlreiche Ereignisse verweisen, die im Ortsverein oder mit Beteiligung von Mitgliedern stattfanden. Angefangen mit dem Themenabend zur Gesundheitspolitik mit MdL Norbert Zeller, über die Aktivitäten zur Landtagswahl einschließlich Herausgabe der Ortsvereins-Zeitung "Kretzer", diversen Stammtischen, Teilnahme am Immenstaader Hungermarsch, bis zum Info-Abend über Kommunales und S21. Auch die von Demuth gepflegte Homepage war und ist immer auf dem neuesten Stand. Die erfolgreiche Abwahl der CDU in Stuttgart und die Regierungsbeteiligung der SPD habe auch vor Ort wieder frischen Schwung gebracht. Ernst Deisenberger stellte den von den Kassenprüfern durchgesehenen **Kassenbericht** vor, der trotz Landtagswahl erfreulich ist.

Nach der Entlastung des gesamten Vorstands ging es zu den Neuwahlen mit folgendem Ergebnis:

Vorsitzende: Irene Demuth
stellv. Vorsitzender: Ralph Deisenberger
Kassierer: Ernst Deisenberger
Schriftführerin: Irene Belzig
Beisitzer: Katja David
 (auch als Vertreterin von Kippenhausen),
 Manuel Rudolph und
 Marco Theiling
Kassenprüfer: Dieter Budde
 und Wolfgang Trogus



Als Kreisdelegierte wurden gewählt: Irene Demuth, Martin Herget, Manuel Rudolph und Marco Theiling. Ersatzdelegierte sind Irene Belzig, Ernst Deisenberger, Alfred Jehle und Dr. Renate Schwarz-Govaers.

Katja David berichtet aus dem Ortschaftsrat Kippenhausen, wo es schwerpunktmäßig Bauangelegenheiten und die Tempo 30 Regelung

im Ort gab. Irene Belzig erläuterte im Bericht aus der Fraktion die wichtigsten Themen des Gemeinderates im vergangenen Jahr. Die Anträge von SPD und Grünen zu Tempo 30 im ganzen Ort und gestaffelten Kinderbetreuungsgebühren müssen noch im Gemeinderat abschließend behandelt werden. Sehr willkommen ist zu letzterem Punkt die beträchtliche Aufstockung der Landesmittel um zusätzliche 340.000 Euro mit geplanten Steigerungen in den nächsten Jahren.

Der im vorigen Jahr neugewählte Kreisvorsitzende Adnan Sabah stellte die **Arbeit des Kreisvorstandes** mit verschiedenen Arbeitskreisen vor und berichtete über stattgefundene sowie geplante Veranstaltungen. Am 27. Februar werden sich die Kreisvorstände sowie die Kreistagsfraktionen von SPD und Grünen zum **Thema B31 informell** treffen und austauschen. Sabah stellte klar, dass die Kreis-SPD am Ausbau der B31 (Planungsfall 7.5) festhält und sich höchstens einen 3spurigen Ausbau der Umgehung Fischbach vorstellen könnte.

Zum Schluss setzte sich der langjährige Alt-Gemeinderat Wolfgang Trogus für das Thema **Bebauungsplan Südliche Seestraße West** ein: dieser Plan im sensiblen direkten Uferbereich sollte hohe Beachtung finden. Die Anwesenden waren sich einig, dass sich hier eine einmalige Zukunftschance bietet und ein (von der SPD Fraktion langjährig geforderter) Uferweg dazugehört. Die ganze Bevölkerung ist aufgerufen, ihre Wünsche und Vorstellungen schon jetzt bei der Auslegung (ab dem 30.1.) einzubringen, vor allem was das "Schiff"-Areal betrifft. Die SPD fordert zu diesem Komplex eine Bürgerversammlung.

Mit einem Ausblick auf die Aktivitäten im neuen Jahr und Dank an alle Aktiven schloss Irene Demuth die trotz umfangreicher Tagesordnung in Rekordtempo durchgezogene Jahreshauptversammlung.

Irene Demuth

SPD-Kreistagsfraktion Bodenseekreis

04.02.12

Norbert Zeller
Teuringer Str. 40
88045 Friedrichshafen

Herrn Innenminister
Reinhold Gall MdL
Dorotheenstr. 6
70173 Stuttgart

Polizeireform Baden-Württemberg

Sehr geehrter Herr Innenminister,

vor kurzem haben Sie Eckpunkte der Polizeireform Baden-Württemberg vorgestellt. Unter Anderem gehen Sie davon aus, dass künftig ein Polizeipräsidium mindestens 1500 polizeiliche Mitarbeiter haben sollte. Grundsätzlich stimmt die SPD-Kreistagsfraktion Bodenseekreis einer Neustrukturierung zu, zumal Sie angekündigt haben, dass Polizeipräsenz in der Fläche erhalten bzw. ausgebaut wird.

Mit der Bildung von 12 Polizeipräsidien in Baden-Württemberg stellt sich die Frage nach dem Zuschnitt. Offensichtlich gibt es Planungen, wonach eine Polizeidirektion von Ulm bis an den Bodensee (Ulm, BC, RV FN) gebildet werden soll. Dies hätte für den Bodenseeraum erhebliche Nachteile, zumal der Sitz des Präsidiums in Ulm sein soll. Die Entfernung von Ulm bis an den Bodensee beträgt über 100 km. Außerdem werden spezifische Gegebenheiten der Bodenseeregion (z. B. Flughafen, Grenzbereich, Neonazis, Messewesen) nur unzulänglich berücksichtigt. Spezifische Kenntnisse der Kriminalpolizei vor Ort sind unabdingbar.

Wir bitten Sie ausdrücklich, dass die Faktoren Raum, Zeitaufwand und Aufgabenstellung bei der Bildung der neuen Strukturen stark gewichtet werden. Infolgedessen schlagen wir vor, dass das neue Polizeipräsidium sich auf die Region Bodensee-Oberschwaben konzentrieren sollte. Dies würde bedeuten, dass die Landkreise Bodenseekreis, Ravensburg und Sigmaringen (eventuell ergänzt durch Biberach) zusammen eine Einheit bilden sollten. Vorbild für eine solche Konstellation wäre die Regionalverbandsstruktur. Aus der Sicht der Grenzregion Bodensee bietet sich an, dass auch Konstanz mit einbezogen wird. Damit wäre eine an Ihren Vorgaben vorhandene Größenordnung erreicht. .

Zum Zweiten plädieren wir für die Beibehaltung der Wasserschutzpolizei Bodensee in einer „Polizeipräsidium Bodensee-Oberschwaben“. Eine Herauslösung der Wapo in eine gesonderte Einheit würde die Effizienz insgesamt im internationalen Bodenseeraum schwächen. Die seit ca. 6 Jahren durchgeführte Eingliederung in die PD FN und KN hat sich bewährt. Bei einer PP Bodensee-Oberschwaben, das den Landkreis KN mit einschließt, wäre der gesam-

te baden-württembergische Bodenseebereich unter einer Führung.

Mit freundlichen Grüßen

Norbert Zeller, Vorsitzender der
SPD-Kreistagsfraktion Bodenseekreis

Rechtsextremismus

eine Veranstaltung bei der SPD Bodenseekreis

Über 100 Gäste folgten der Einladung der SPD-Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** und **Martin Gerster** zu einem Forum „**SPD im Dialog**“ zum Thema „Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus“ im gut besetzten „Adler“-Saal in Ailingen bei Friedrichshafen. Auch einige türkisch-stämmige Besucher waren zu der Veranstaltung gekommen. **Adnan Sabah**, der SPD-Kreisvorsitzende, wies eingangs auf eine Initiative der Kreis-SPD hin, einem Gastwirt im Häfler Stadtteil Manzell nahezu legen, einem Szenetreffen der Neonazis in seinem Lokal künftig keinen Raum mehr zu gewähren.

Martin Gerster bekräftigte die Absicht der Bundes-SPD, alle Vorbereitungen zu treffen, damit erneut ein Antrag auf ein Verbot der deutschen rechtsextremen Partei NPD beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eingereicht werden kann. Dietram Hoffmann, der Pressesprecher der Kreis-SPD am Bodensee, verspricht sich davon ein „Schmuddelimage“ in der Bevölkerung für die NPD.

Der wiederholte Beifall im Publikum für einen solchen Schritt war das eine, die Zweifel, ob damit der Nährboden für die Neonazi-Szene in Deutschland ein für alle mal trockengelegt ist, das Andere.

Gerster hat zusammen mit anderen Kollegen ein dickes Buch herausgegeben: „**Strategien der extremen Rechten**“, das die jahrelange Arbeit an diesem Thema einer Arbeitsgruppe im Bundestag und an verschiedenen Hochschulinsti- tuten gut dokumentiert. Im Augenblick haben sich im Bundestag und im Bundesland Thüringen Untersuchungsausschüsse konstituiert, der das Versagen der Verfassungsschutzbehörden bei der „Zwickauer Zelle“ untersuchen soll.

Diese Gruppierung von neonazistischen Verbrechen hat seit 1998 zehn Morde, zwei Sprengstoffanschläge und 14 Banküberfälle mußmaßlich begangen. Insgesamt sind gehen bundesweit in Deutschland bis zu 20 000 Straf-

taten auf das Konto rechtsextremistischer Kreise. Seit der Wiedervereinigung sind 183 Menschen rechtsextrem motivierten Mordtaten zum Opfer gefallen. Die Szene wird deutschlandweit von rund 9 000 Aktivisten unterstützt.

Auffallend ist, so **Gerster**, dass die NPD selber bei ihren Aktivitäten in der Öffentlichkeit zunehmend versucht, auf Straftaten zu verzichten und sich möglichst bürgerlich umgänglich zu geben. Dies bestätigt auch der Friedrichshafener Polizeidirektor **Karl-Heinz Wolfsturm**: „*Wir lieben die Fremden- in der Fremde*“, so wird der Ausländerhass in einer zurückhaltenderen Weise bemäntelt. Bei 10 000 Straftaten im Bodenseekreis hat die Polizei 2010 19 politisch motivierte Delikte aus dem rechten Spektrum gezählt. In Friedrichshafen hat es in den letzten Jahren an die 7 Neonazi- und Skinhead-Aufmärsche gegeben, wobei sich in zunehmendem Maße die Gegenreaktion von linksautonomen Gruppen als Problem herausstellt: Die NPD'ler halten sich an die Auflagen der Polizei, bei den Autonomen kommt es zu Festnahmen, weil sie Steine auf die rechten Gruppen werfen.

Gerster und der Leiter der Polizeidirektion betonten die Notwendigkeit, in den Schulen, im Vereinssport und nicht zuletzt in der Musik(!) verstärkt präventive Aktivitäten zu entwickeln.

Bei der Versammlung ließ **Wolfsturm** einige Beispiele aus rechtsextremen CD's (von Bands und Rappern) vorspielen. Auch immer mehr gewaltverherrlichende PC-Spiele mit rechtsradikalem Duktus finden ihr jugendliches Publikum, darunter auch immer mehr junge Frauen und Studierende. **Dietram Hoffmann** wünschte sich eine verstärkte Vermittlung des Gleichheitsgedankens im Schulunterricht und **Mechtild Wierer** den Parteiausschluss von Sarazzin aus der SPD.

W. Bernhard

SPD Meersburg im Kinderhaus Daisendorf

Am 6. Februar startete der SPD Ortsverein Meersburg eine Serie von Informationsbesuchen in den Kindergärten der näheren Wohnorte. Der Einstieg in diese Besuchserie erfolgte im Kinderhaus Daisendorf. Die Leiterin, Frau Kohler, begrüßte sechs Ortsvereinsmitglieder und überreichte jedem Besucher den Werbe-Flyer des Kinderhauses. Dabei erläuterte sie die Entwicklung des Hauses in den letz-

ten Jahren und die bauliche Erweiterung. Das Erziehungs- und Bildungskonzept stellte sie besonders heraus. Es wird durch entsprechende Aussagen im Flyer dokumentiert, da heißt es u. a. „entdeck was in dir steckt...“ und den Anspruch des Erzieherteams drückt folgender Satz treffend aus: „Wir sehen die Stärken Ihres Kindes, unterstützen es in seinem Handeln und begleiten es auf seinem Bildungsweg“.

Frau Kohler führte die Besucher durch alle Räume des Kinderhauses, die in hellen und ansprechenden Farben gestaltet sind. Besonderen Eindruck hinterließ der Experimentier- raum, in dem die Kinder mit Hilfe von Mikroskopen und unter Anleitung Untersuchungen durchführen oder mit der „Energie-Kiste“ über Magnetismus und Strom experimentieren können. Daneben beeindruckte der lichtdurchflutete Bewegungsraum, in dem Hängematten, Schaukeln und Kletterlandschaften den Bewegungsdrang der Kinder herausfordern. Im Bistro können alle Kinder, die es wollen, ein schmackhaftes Essen einnehmen. Dieses wird vom Dr. Zimmermann-Stift in Meersburg geliefert.

Mehrere Kinder bemalten im Theaterraum gerade die Kulissen der Bühne für ein Märchenstück, das sie aufführen wollten. Es gibt auch noch eine Werkstatt mit Werkbank und allen nötigen Werkzeugen. Daneben war eine Gruppe von Kindern im Bastel- und Malzimmer unter Anleitung zweier Erzieherinnen entsprechend aktiv.

Auch der Ruhebereich ist einladend mit stapelbaren „Bettkisten“ und Matratzen eingerichtet. Der Krippenbereich für Kleinkinder hat zehn Plätze und ist mit allen nötigen Dingen für einen Kleinkinder- Alltag ausgestattet.

In einem Abschlussgespräch konnten noch offene Fragen besprochen werden. So arbeitet z.B. im Team der Erzieher zurzeit leider nur ein Mann. Alle SPD Mitglieder waren von dem Besuch mit Rundgang nachhaltig beeindruckt und nahmen die Erkenntnis mit, dass ein Kindergarten heute nicht mehr nur ein Ort der Verwahrung und Betreuung von Kindern ist, sondern ein Ort mit echtem Bildungsanspruch, der auch vielfältig umgesetzt wird.

Hans Klein

GEW:

**Konferenz des Kreisvorstandes der
GEW am 31. Januar 2012 in Ravensburg
im Tagungsraum der Eislaufhalle
Ravensburg**

„Kitas haben zu wenig Lobby“

Mehr Investitionen in Kinderbetreuung und Fachkräfte gefordert

RAVENSBURG/FRIEDRICHSHAFEN. Es bleiben noch knapp anderthalb Jahre, bis der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle Kinder ab einem Jahr bundesweit gilt. Der 2 500 Mitglieder zählende Kreisverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht noch einen erheblichen Nachholbedarf für den Ausbau der Krippen- und Kita-plätze in der Bodenseeregion. Und: Der Mangel an sozialpädagogischen Fachkräften im Bereich der frühkindlichen Bildung spitzt sich weiter zu.

„Zwischen Überlingen und Isny fehlen bei den kommunalen und den freien Trägern in der Kinderbetreuung mittelfristig bis zu 300 Erzieher/innen“, stellte der GEW-Kreisvorstand bei seiner jüngsten Konferenz in Ravensburg fest. Zu Grunde gelegt wird bei dieser Berechnung eine bessere Regelung bei den Freistellungsanteilen von Kita-Leitungen im Umfang eines Viertels ihrer Arbeitszeit pro Gruppe, ferner ein kindgerechter Personalschlüssel von 1:3 in den Kinderkrippen und von 1: 6-8 in den Kita-Gruppen mit 3-bis 6jährigen Kindern. Ein beträchtlicher Personalbedarf geht zudem von der Umsetzung des verbindlichen „Orientierungsplans“ für die frühkindliche Bildung in den Kindertageseinrichtungen aus.

Die Kreis-GEW begrüßt die Anstrengungen der Kommunen und freien Träger, die in beiden Landkreisen bis zu 55 Millionen Euro nach den diesjährigen Haushaltsplänen für den Ausbau der Krippen und Kitas investieren wollen. Für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren erhalten sie dieses Jahr aus dem „Pakt für Familien mit Kindern“ von der Landesregierung 23 Millionen Euro, ergänzt durch Landesmittel für die Kindertagespflege und für Sprachfördermaßnahmen. „Es ist zu hoffen, so die Kreis-GEW, „dass in möglichst vielen Gemeinden der Standard des Bundesgesetzgebers mit 35 Prozent des Krippenbedarfs annähernd erreicht wird.“ Absolutes Vorbild sei freilich die Stadt Heidelberg, in der jetzt schon knapp 42 Prozent der heimischen Kinder unter drei Jahren betreut und somit früh gefördert werden können.

„Auf den Anfang kommt es an“, ist die stellvertretende GEW-Kreisvorsitzende Alexandra Salzwedel überzeugt. Je besser – qualitativ und quantitativ- die frühkindliche Bildung organisiert sei, um nachhaltiger sei die Rendite in der Schul- und Berufsbildung. Das knappe Fünftel der Schüler, die laut PISA-Studie mit 15 Jahren nicht richtig lesen könnten, stamme zum Großteil aus anregungsarmen Familien. Kernproblem, so die GEW, ist die Sprachförderung. Wenn der „enorme Personalbedarf“ im Elementarbereich nicht gedeckt werden könne, sei der eigenständige Bildungsauftrag der Kindertagesstätten trotz der hohen Motivation der Erzieher/innen kaum in qualifizierter Weise zu erfüllen.

Fritz Erb, der GEW-Kreisvorsitzende, reklamiert bessere Arbeitsbedingungen, eine qualifizierte Ausbildung und eine höhere Bezahlung der Erzieherinnen. Zu überprüfen sei ferner die bisherige Beschäftigung von „Gruppenzweikräften“ aus anderen Berufen in den Kitas.

Nur so könnten die gewachsenen Anforderungen an die Organisation von Bildungsprozessen, an die pädagogische Beratung der Eltern und die Entwicklung von frühpädagogischen Konzepten im verbindlichen „Orientierungsplan“ erfüllt werden. Die Bundesregierung müsse ebenso wie die Stuttgarter Landesregierung mehr Finanzmittel investieren, um die Städte und Gemeinden bei den Maßnahmen gegen den „Erzieherinnennotstand“ zu entlasten. Die GEW sieht die frühkindliche Bildung als einen Auftrag, der in absehbarer Zeit als staatliche Aufgabe und nicht als kommunale Angelegenheit zu finanzieren ist.

Die aktuellen Bemühungen um mehr Bildungsgerechtigkeit und Qualitätsverbesserung im baden-württembergischen Schulsystem sind für die hiesige GEW-Organisation nur dann von nachhaltigem Erfolg gekrönt, wenn auch die Basis in der frühkindlichen Bildung vor Ort entsprechend reformiert wird.

Ergänzend weist die Kreis-GEW auf den Umstand hin, dass die Unternehmen in beiden Landkreisen wortreich den drohenden Fachkräftemangel beklagen und eine bessere Vereinbarkeit von Familien-Aufgaben und Berufstätigkeit begrüßen würden. Das Textilunternehmen „vaude“ in Tettnang sei seit 11 Jahren noch immer der einzige Betrieb mit einem eigenen „Kinderhaus“, in dem 31 Kinder im Alter von 6 Monaten bis 10 Jahren ein bedarfs-

orientiertes Betreuungs- und Bildungsangebot erleben. Wann folgen weitere Unternehmen in der Region diesem Beispiel oder sorgen wenigstens für mehr betriebsnahe Betreuungsplätze? fragt sich die Bildungsgewerkschaft abschließend.

01.02.2012

W. Bernhard

Gestern im OV Salem bei der Jahreshauptversammlung:

Wechsel im Vorsitz

Nach einer längeren „Durststrecke konnte der OV Salemtal im letzten Jahr drei gelungene Veranstaltungen u. a. mit **Peter Simon, MdEP**, sowie einen Mitgliederzuwachs von drei Personen verzeichnen.

Wolfgang Kälber und Martin Hell wurden für 40 Jahre Mitgliedschaft in der SPD geehrt.

Aus gesundheitlichen und familiären Gründen musste **Malik Meddur** den Vorsitz abgeben. Bei der erforderlichen Nachwahl wurde sein Vorgänger Arnim Eglauer einstimmig zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Ebenso einhellig war der Dank an den scheidenden Malik Meddur, der den Ortsverein in schwieriger Zeit vor dem Absinken in die Untätigkeit gerettet hat.

25.02.2012

Karl-Heinz König

Termine im Bodenseekreis

KV Bodensee:

Kreisvorstandssitzung

Montag, 27.02.2012,

19:30 Uhr

Weinstube Stecher in Bermatingen

Stammtisch

Donnerstag, 15.03.2012, 19:30 Uhr -

22:00 Uhr. Ort: Im Gasthaus "Grüner

Baum" in Stetten

Kreisdelegiertenkonferenz

Donnerstag, 22.03.2012

29:30 Uhr

Ort: Friedrichshafen, VfB-Heim

OV Bermatingen:

Ortsvereinsitzung

Montag, 19.03.2012, 19:30 Uhr
Ort: Weinstube Stecher

OV Deggenhausertal

Nächste Mitgliederversammlung

Donnerstag 15.03.12, 20 Uhr

Ort folgt

1. Bericht aus dem Gemeinderat
2. Aktuelles aus Land und Bund
3. Verschiedenes

Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich willkommen.

OV Friedrichshafen:

Int. Frauentag - SPD verschenkt Blumen

Freitag, 09.03.2012, 10:00 Uhr
Ort: Wochenmarkt auf dem Adenauerplatz

Die SPD verschenkt Blumen (solange der Vorrat reicht) an alle weiblichen Marktbesucher anlässlich des Internationalen Frauentages (08.03.).

Vorstandssitzung

Dienstag, 20.03.2012, 19:30 Uhr.
Ort: Hotel-Restaurant Waldhorn

Jahreshauptversammlung

Freitag, 23.03.2012,
19:30 Uhr.
Ort: Hotel Schlossgarten

OV Markdorf:

Jahreshauptversammlung mit Wahlen

Freitag, 09.03.2012, 19:00 Uhr
Ort: Adler in Markdorf

2012 wird der Vorstand neu gewählt. Ebenfalls werden Anpassungen der Satzung zur Abstimmung gebracht.

OV Meersburg:

Donnerstag, 01.03.2012

Vorstandssitzung

20:00 Uhr
Daisendorf

Donnerstag, 29.03.2012

Jahreshauptversammlung

OV Tettang:

01.03.2012 19:30 Uhr

Mitgliederversammlung OV-Tettang

Tagesordnung: 1. Bericht des Kassierers,
Bericht der Kassenprüfer mit anschließender
Entlastung des Kassierers. 2. ...

15.03.2012,

19:30 Uhr - 22:00 Uhr

Stammtisch

OV Überlingen:

Dienstag 06.03.2012

öffentliche Mitgliederversammlung

Zeit: 19:00

Thema: Interna

Zeit 20:00

Thema: Informations- und Diskussionsforum
mit Stadtkämmerer Ludwig Sauter

Ort: Nebenzimmer des Gasthauses
Krone, Münsterstraße

Dienstag 27.03.2012

öffentliche Mitgliederversammlung

Zeit: 20:00

Thema: Vereinigung der Ortsvereine
Sipplingen und Überlingen

Ort: wird noch bekanntgegeben

SBI

Hat die Bodensee-S-Bahn eine Zukunft? In der Theorie ja, und in der Praxis? Wer sitzt auf der Bremse?

**Gemeinsame Konferenz der Bodensee-
Internationale(Präsidium +Vorstand) und
der Initiative Bodensee-S-Bahn**

www.bodensee-s-bahn.org

am Montag, 2. April 2012,

18.30-20.30 Uhr in Friedrichshafen,
Seehotel am Stadtbahnhof

Vorbesprechung (Ablauf):

1. März 2012, 15 Uhr in Friedrichshafen,
Seehotel

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

SP startet mit Unterschriftensammlung für Energiewende

Mit ihrer Initiative «Energiewende – St.Gallen kann es!» fordert die SP des Kantons St.Gallen, in Zukunft jährlich wenigstens 1 Prozent des Aufwands der laufenden Rechnung zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz einzusetzen. Die Einheitsinitiative wird heute Montag im Amtsblatt des Kantons St.Gallen publiziert.

Der Kanton St. Gallen hat zwar ein Energiekonzept, was aber fehlt, sind genügend Mittel, um die angedachten Massnahmen umzusetzen. Die SP fordert nun mit einer Volksinitiative die notwendigen Mittel, damit St.Gallen im Energiebereich zu den Spitzenkantonen (Thurgau, Basel) aufschliessen kann.

Die Umsetzung einer konsequenten Energiepolitik, welche auch für nachfolgende Generationen eine lebenswerte Umwelt ermöglicht, muss nach Meinung der SP sofort angegangen werden. Nur mit staatlicher Unterstützung kann der Durchbruch genügend schnell erfolgen. „Mit einem Prozent der Staatsausgaben ändern wir die Energiepolitik fundamental, rasch und nachhaltig“, ist Energiepolitiker und Kantonsrat Felix Gemperle überzeugt. 50 Millionen Franken jährlich wären aus Sicht der SP ideal, um die Energiewende zu schaffen.



Erneuerbare Energien bieten viel Potenzial

Das Potenzial von Sonnen- und Windenergie sowie Biomasse ist riesig. Diese Technologien sind erforscht und harren der Umsetzung. Ein grosses Potenzial hat auch die Geothermie. Mit Forschung und Pilotprojekten kann sich diese zu einem wichtigen Energiepfeiler der Zukunft entwickeln.

Kantonsrat Ruedi Blumer hebt einen weiteren wichtigen Aspekt hervor: „Die billigste Energie ist die gesparte Energie.“ Energie kann überall gespart werden, ohne dass deswegen die Lichter ausgehen. In Gebäuden, bei Geräten, im Verkehr. Dafür braucht es Einsicht, Beratung und Investitionen. Der Kanton kann hier entscheidende Impulse und Anreize bieten.

Arbeitsplätze schaffen

Das Geld, welches wir heute für die Energie bezahlen, fliesst mehrheitlich in grosse Konzerne im In- und Ausland. Mit Investitionen in Energiesparmassnahmen, Gebäudesanierungen und erneuerbare Energieträger werden hingegen interessante und zukunftsträchtige Arbeitsplätze in unserem Kanton geschaffen. Das hilft allen, der Bevölkerung, dem Gewerbe und der Umwelt und verbessert somit unsere Standortattraktivität.

Eine Einheitsinitiative ist als Anregung für einen Erlass oder eine Gesetzesänderung zu verstehen. Die Umsetzung sowie die Festlegung der Beiträge zur Äufnung der Spezialfinanzierung (Grössenordnung 1% oder 50 Millionen) obliegt Regierung und Kantonsrat. Die SP hat nun fünf Monate Zeit, um die benötigten 4'000 Unterschriften zu sammeln.

Initiativtext:

Die unterzeichneten Stimmberechtigten des Kantons St.Gallen erteilen in der Form der Einheitsinitiative nach Art. 43 der Kantonsverfassung (sGS 111.1) dem Kantonsrat folgenden Rechtsetzungsauftrag:

1. Der Kanton St. Gallen führt in Gestalt einer Spezialfinanzierung eine Energierechnung zur Förderung erneuerbarer Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz.
2. Die Spezialfinanzierung wird aus den Erträgen aus kantonalen Beteiligungen an Energiegesellschaften und aus dem allgemeinen Haushalt geöffnet.
3. Die Regelung der Äufnung der Spezialfinanzierung sowie der Verwendung von Mitteln aus der Spezialfinanzierung bewirkt die Ausrichtung von Beiträgen von jährlich wenigstens 50 Mio. Franken / von jährlich wenigstens 1 Prozent des Aufwands der laufenden Rechnung."

St.Gallen, 6. Februar 2012

Weitere Auskünfte:

- Felix Gemperle, Präsident Initiativkomitee, Kantonsrat,
- Ruedi Blumer, Kantonsrat,
- Claudia Friedl, Parteipräsidentin

SP-Kantonsratsfraktion

Keine Zweiklassengesellschaft bei den Lehrpersonen

Die SP-Fraktion will, dass sämtliche Lehrpersonen von der Pensenreduktion profitieren und der Lohn bei Berufseinstieg dauerhaft erhöht wird. Die SP lehnt die Erstellung einer schwarzen Liste von betriebenen Versicherten bei der Krankenversicherung ab. Mit mehr Kontrollen sollen die Löhne der Schweizer Arbeitnehmenden besser geschützt werden.

Im Hof zu Wil hat die SP-Fraktion die Geschäfte der Februarsession des St.Galler Kantonsrates vorbereitet. Im Zentrum der Diskussion standen diverse Vorlagen des Bildungsdepartements sowie die Finanzen des Kantons.

Pensenreduktion für alle Lehrpersonen

Die geplante Umsetzung des XIII. Nachtrags zum Volksschulgesetz löst bei der SP-Fraktion Erstaunen aus. War man doch bisher davon ausgegangen, dass die Pflichtlektionen für sämtliche Lehrpersonen reduziert werden. Es war nie die Rede davon, dass nur die Vollzeitlehrpersonen von der Pensenreduktion profitieren. Regierungsrat Kölliker hat bei der Erarbeitung der Vorlage anscheinend nicht mit offenen Karten gespielt. Die SP will, dass die Pensenreduktion für Lehrpersonen im Vollzeit- wie auch im Teilzeitpensum gilt. Sie erwartet vom Kantonsrat eine klare Stellungnahme.

Die geplante Änderung bei der Besoldung der Volksschullehrer scheint der SP wenig ausge-reift. Bei den Einstiegsgehältern der Lehrkräfte besteht Handlungsbedarf. Diese sollen dauerhaft erhöht werden und nicht nur, solange es die Gewinnung von wahlfähiger Lehrer und Kindergärtnerinnen erfordert.

Eine weitere Schulvorlage ist aus Sicht der SP nicht seriös vorbereitet: Gemäss V. Nachtrag zum Gesetz über Kantonsbeiträge an private Sonderschulen kostet ein/e SonderschülerIn der Gemeinde neu 38'000 statt wie bisher 24'500 Franken. In der massiven Erhöhung sind eine Sparmassnahme und neue Finanzierungszuständigkeiten z.B. für die Schulpsychologischen Dienste SPD verpackt. Die Standortgemeinden von Sonderschulen werden damit überdurchschnittlich mit höheren Kosten belastet. Hier müssen Lösungen gefunden werden, damit alle Gemeinden die Kosten wie bisher gemeinsam mittragen.

1.5 Millionen für eine schwarze Liste?

Die SP lehnt die Erstellung einer schwarzen Liste von betriebenen Versicherten bei der Krankenversicherung ab. Dass die bürgerliche Ratsmehrheit dafür 1.5 Millionen Franken ausgeben will ist unverständlich, da der Nutzen einer solchen Liste sehr umstritten ist.

Kantonsrat Ludwig Altenburger ist erstaunt: „Für eine schwarze Liste will man 1.5 Millionen aus dem Fenster werfen, aber für effiziente Kontrollen gegen Lohndumping hat der Kanton kein Geld.“

Doch wären gerade aufgrund der Auswirkungen des Personenfreizügigkeitsabkommens strengere Kontrollen notwendig. Belegt doch der Bericht der Regierung, dass bei bis zu 30

Prozent der kontrollierten Personen die üblichen Löhne unterschritten werden. Für SP-Fraktionspräsident Peter Hartmann ist klar: „Der Kanton muss die Löhne frühzeitig überprüfen sowie die Subunternehmerketten bei öffentlichen Aufträgen kontrollieren.“ Mit zwei Motionen verlangt die SP, dass die Löhne bereits bei der Anmeldung von ausländischen Arbeitnehmenden in der Schweiz überprüft werden (analog Österreich) und dass Subunternehmen in die Pflicht genommen und kontrolliert werden.

Die SP betrachtet auch den Bericht „Beteiligungsstrategie und Public Corporate Governance“ kritisch. Mit dem Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz werden die Grundlagen geschaffen, dass kantonale Aufgaben ausgelagert oder gar privatisiert werden können. Die Auslagerung von kantonalen Aufgaben ist darum heikel, weil die Politik Einfluss und Kontrollmöglichkeiten verliert.

Barbara Gysi verabschiedet sich von Fraktion

Die ehemalige Wiler Fraktionschefin Barbara Gysi hat sich am mit einem Apéro von ihren Fraktionkolleginnen und -kollegen verabschiedet. Als neue Nationalrätin hat sie ihr Kantonsratsmandat Ende 2011 abgegeben. Neuer Fraktionspräsident ist der Flawiler Peter Hartmann. Für Gysi in den Rat nachgerückt ist Daniel Baumgartner, ebenfalls aus Flawil.



Bildlegende (vlnr): Regierungsrätin Heidi Hanselmann, Parteisekretär und Kantonsratskandidat Dario Sulzer, Regierungsrätin Kathrin Hilber, Regierungsratskandidat und Kantonsrat Fredy Fässler, Kantonsrat Daniel Baumgartner, Fraktionspräsident Peter Hartmann, Nationalrätin Barbara Gysi
Zum Aufgaben- und Finanzplan 2013-15 und zu den Resultaten der BAK-Studie wird die SP in einem separaten Communiqué Stellung nehmen.

Wil, 11. Februar 2012

Weitere Auskünfte:

o Peter Hartmann, Fraktionspräsident
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Die SP ist gut unterwegs!

Die Delegierten der SP Kanton St.Gallen haben am rollenden Parteitag vom 18. Februar die Parolen für die fünf nationalen Abstimmungen gefasst. Die SP sagt NEIN zur Bauspar-Initiative und JA zu den vier weiteren eidgenössischen Vorlagen. Regierungsrätin Heidi Hanselmann und Regierungsratskandidat Fredy Fässler lancierten in den Wahlkreisen den Schlusspurt ihres Wahlkampfes.

Die SP hielt ihren ausserordentlichen Parteitag am 18. Februar im Zug rund um den Kanton St.Gallen ab. In jedem Wahlkreis wurden die Delegierten vom Wahlkreis begrüsst. Regierungsrätin Heidi Hanselmann und Regierungsratskandidat Fredy Fässler lancieren den Schlusspurt ihres Wahlkampfes. Hanselmann machte sich für die Schaffung einer Einheitskrankenkasse stark und forderte die Anwesenden auf, den Trumpf SP zu spielen. Fässler freute sich über die grosse Unterstützung der Sektionen und Wahlkreise im Wahlkampf und zeigte sich kämpferisch, was die aktuelle Diskussion um das anstehende massive Sparpaket angeht.



Kantonsrat Felix Gemperle informierte in Goldach über die Energie-Initiative, welche die SP vor kurzem lanciert hat. In Sargans reichte die Umsteigezeit für einen kleinen Apéro mit der SP Kreispartei. Nach dem rollenden Mittagessen zwischen Sargans und Rapperswil, mit kurzem Umstieg in Ziegelbrücke, wurden die Delegierten mit Kaffee und Kuchen von den Kantonsrats-KandidatInnen in Rapperswil begrüsst. Der letzte Halt fand in Wil statt.

JA zu sechs Wochen Ferien

Die Delegierten der SP fassen die Parolen unterwegs im Zug zwischen den verschiedenen Stationen. Kantonsrätin Laura Bucher plädierte für ein JA zur Initiative 6 Wochen Ferien für

alle. Zwischen 1992 und 2007 ist die Produktivität der Arbeitnehmenden um 21 Prozent gestiegen, die Reallöhne legten aber lediglich 4 Prozent zu. „Die sechs Wochen Ferien sind eine faire Beteiligung am starken wirtschaftlichen Fortschritt“, so Bucher. Für Kantonsrat Ruedi Blumer war klar: „Die Bausparinitiative ist ungerecht und unnötig. Sie nützt nur Gutverdienenden, die pro Monat 2'500 Franken auf die Seite legen können.“ Die SP-Delegierten sagten einstimmig NEIN zur Bausparinitiative.

Das Buch ist keine Wurst

Die JA-Parole zur Initiative „Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen“ vertrat Parteipräsidentin Claudia Friedl: „Überhöhte Immobilienpreise und Mieten vertreiben die Einheimischen, während die Landschaft immer weiter verbaut wird.“ Die SP sagt darum einstimmig JA zur Zweitwohnungsinitiative. Die JA-Parole wurde auch zur Buchpreisbindung gefasst. Nationalrätin Hildegard Fässler stellte fest, dass von der Abschaffung der Buchpreisbindung vor allem Discounten profitiert haben. Doch Bücher sind nicht nur Handelsware, sondern auch Kulturgut, das es zu fördern und schützen gilt. Darum ist die Buchpreisbindung wichtig.

Unbestritten war auch die letzte eidgenössische Abstimmungsvorlage, welche von Nationalrätin Barbara Gysi vorgestellt wurde. Mit dem Beschluss über die neue Regelung der Geldspiele, soll die heutige Praxis, wonach die Gewinne aus Lotterien weiterhin vollumfänglich gemeinnützigen Zwecken zukommen, auch durch die Bundesverfassung garantiert werden soll.

Parolen der SP Kanton St.Gallen für die Abstimmungen vom 11. März 2012

JA zur Eidg. Volksinitiative "Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen"

NEIN zur Bauspar-Initiative

JA zur Eidg. Volksinitiative "6 Wochen Ferien für alle"

JA zum Gegenentwurf zur Volksinitiative "Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls"

JA zum Bundesgesetz über die Buchpreisbindung
Bilder vom rollenden Parteitag finden sie auf Facebook:

<http://www.facebook.com/media/set/?set=a.10150571112518757.386888.262099028756&type=1>

St.Gallen, 21. Februar 2012 Weitere Auskünfte:

- Claudia Friedl, Parteipräsidentin
- Dario Sulzer, Politischer Sekretär

Das grosse BLD-Schlamassel

Anstatt die unsinnigen Steuersenkungen der letzten Jahre rückgängig zu machen, gab der Kantonsrat gegen den Willen der SP ein weiteres Sparpaket im Umfang von 200 Millionen Franken in Auftrag.

Die Diskussion über den XIII. Nachtrags zum Volksschulgesetz zeigte die schlechte Vorbereitung einer heiklen Materie auf. War man doch bisher davon ausgegangen, dass die Pflichtlektionen für sämtliche Lehrpersonen – auch diejenigen im Teilzeitpensum – anteilmässig reduziert werden, sprach Regierungsrat Kölliker von einem „Missverständnis“ und forderte neue Gespräche mit den Sozialpartnern. Die SP will, dass die Pensenreduktion für Lehrpersonen im Vollzeit- wie auch im Teilzeitpensum gilt und erwartet, dass mit der Rückweisung der Art. 77 und 77bis und der nochmaligen Aufnahme der Gespräche mit den Sozialpartnern, eine allgemeingültige Lösung für alle Lehrkräfte, also auch für die Teilzeitlehrkräfte, ausgearbeitet werden.

SP kritisiert fehlende Transparenz beim Sparpaket II

Der Kantonsrat hat den Aufgaben- und Finanzplan 2013-2015 genehmigt und die Regierung beauftragt, ein zusätzliches Sparpaket von 200 Millionen Franken zu schnüren. Um etwa so viel wurden in den letzten vier Jahren die Steuern für Reiche, Vermögende und die Wirtschaft gesenkt. Für die SP ist klar – und die Studie BAK Basel zeigt das deutlich – die Steuersenkungen der vergangenen Jahre sind die Ursache für die schwierige finanzielle Situation des Kantons. „Der Kanton hat kein Schulden- oder Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem. Die Steuersenkungen für Reiche und Grossunternehmen waren voreilig und zu weitgehend“, so Fraktionspräsident Peter Hartmann.

Jetzt soll ein weiteres Sparpaket das Loch in der Kasse stopfen. Was das heisst, wissen wir aus dem ersten Sparpaket: Höhere Gebühren, teurere Krankenkassenprämien, weniger öffentliche Dienstleistungen, höhere Billetpreise und Kürzungen bei den Ergänzungsleistungen. Bereits im vergangenen Jahr hat der Kantonsrat ein Sparpaket im Umfang von etwa 100

Millionen Franken verabschiedet. Jetzt sollten nochmals 200 Millionen eingespart werden, dabei ist völlig unklar, wo diese Einsparungen vorgenommen werden sollen! Nicht die normalen Bürgerinnen und Bürger sollen nun bluten. Es müssen die Steuersenkungen für Reiche und Unternehmen rückgängig gemacht werden.

Die SP ist enttäuscht, dass die Regierung nicht bereit ist, die Botschaft zum Sparpaket II vor den Wahlen vom 11. März zu veröffentlichen. Damit werden die StimmbürgerInnen bewusst und aus wahltaktischen Gründen im Dunkeln gelassen.

1.5 Millionen Franken für unnötige Liste

Die SP-Fraktion bedauert die Schaffung einer schwarzen Liste von betriebenen Versicherten bei der Krankenversicherung. Die SP hat die Erstellung einer schwarzen Liste abgelehnt, weil bei grossem Kosteneinsatz nur eine sehr bescheidene Wirkung erzielt werden kann. Dass die bürgerliche Ratsmehrheit dafür 1.5 Millionen Franken ausgeben will ist nur schwer verständlich.

St.Gallen, 21. Februar 2012 Weitere Auskünfte:
o Peter Hartmann, Fraktionspräsident
o Dario Sulzer, Politischer Sekretär



Fracking im Bodenseeraum – Eine Gefahr für Vorarlberg?

SPÖ Landesgeschäftsführer Einwallner befürchtet unkalkulierbare Risiken für die gesamte Bodenseeregion.
für die gesamte Bodenseeregion.

Auswirkungen auf Vorarlberg

Reinhold Einwallner, Landesgeschäftsführer der SPÖ Vorarlberg, erkennt im geplanten Vorhaben zum Abbau von Schiefergas im Raum Friedrichshafen – Überlingen – Konstanz unkalkulierbare Risiken für die gesamte Bodenseeregion. „Das Ökosystem in diesem Gebiet ist höchst sensibel. Vor allem die möglichen Auswirkungen auf das Trinkwasser bedeuten eine Gefährdung für hunderttausende Menschen“, so Einwallner.

Im Vergleich zu den dünn besiedelten Gebieten der USA, wo Fracking bereits zu katastrophalen Folgen geführt hat, würden ähnliche Phänomene im bevölkerungsreichen Bodenseeraum unvergleichlich schlimmere Auswirkungen haben.

Zudem stellt Einwallner bei einer systematischen Förderung von Schiefergas die Frage nach dem Ursprung der Millionen Liter an Wasser, die dafür eingesetzt werden müssten: „Eine Senkung des Grundwasserspiegels und des Spiegels des Bodensees wären wohl sehr wahrscheinlich. Auch hier haben wir es mit Phänomenen zu tun, deren Auswirkungen sich nicht berechnen lassen.“

Landesregierung soll aktiv werden

Der Sozialdemokrat begrüßt die Initiative der SPD-Abgeordneten zum Landtag Baden-Württembergs, Rosa Grünstein, die Fracking in Deutschland generell verbieten möchte. Dazu Einwallner: „Wir unterstützen dieses Ziel und werden auch in Vorarlberg und Österreich für ein Verbot dieser Fördermethode eintreten.“ Er legt Wert auf die Feststellung, dass der Energiewende unserer Zeit nicht zulasten zukünftiger Generationen gehen dürfe.

„Nur erneuerbare Energie ist zukunftsfähig. Wir rufen die Vorarlberger Landesregierung dazu auf, Gespräche mit der Landesregierung Baden-Württembergs zu suchen und auf eine Verhinderung der Schiefergasförderung im Bodenseeraum hinzuwirken“, so Einwallner.

SPÖ-Express, 03.02.2012

Ist FPÖ-Egger ein Antisemit?

Ritsch fordert öffentliche Distanzierung des FPÖ-Chefs

Eine klare Distanzierung von der Aussage HC Straches fordert SPÖ-Vorsitzender Michael Ritsch von FPÖ-Chef Dieter Egger. Strache behauptete im Zuge des WKR-Balls, die österreichischen Burschenschaftler würden aufgrund von Protesten der Bevölkerung ein ähnliches Schicksal erleiden wie die Juden im Nationalsozialismus. „Die Aussage von HC Strache hat mich zutiefst erschüttert. Dass sich Dieter Egger noch nicht dagegen ausgesprochen hat, ist ein neuer Tiefpunkt seines politischen Schaffens. Ich fordere ihn dazu auf, sich morgen gleich zu Beginn der Landtagssitzung öffentlich davon zu distanzieren“, so der rote Parteivorsitzende.

Antisemitismus wird wieder salonfähig
„Kommt Egger dieser Aufforderung, die auch alle anderen Parteien an ihn richten, nicht nach, wird er sich den Vorwurf des Antisemitismus gefallen lassen müssen“, so Ritsch. Immerhin habe sich Egger bereits mit seinem „Exiljudensager“ im letzten Landtagswahlkampf tief in den rechten Sumpf begeben und damit den Antisemitismus ein Stück weit salonfähiger gemacht. „Das ist jetzt seine letzte Möglichkeit, Farbe zu bekennen. Ansonsten ist klar, dass die FPÖ Vorarlberg und seriöse Politik nicht mehr vereinbar sind. Morgen werden wir wissen, wie Dieter Egger wirklich einzuschätzen ist“, stellt Ritsch fest.

Ehrenorden nur für Ehrenbürger
Dass Bundespräsident Heinz Fischer nun HC Strache das "Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern" - ein besonderes Ehrenzeichen der Republik - doch nicht überreichen wird, findet vollste Zustimmung von Michael Ritsch. „Ich freue mich, dass Heinz Fischer auch hier eine so klare Linie vertritt wie in allen anderen Bereichen. Ein Ehrenzeichen wird ehrenwerten Bürgern übergeben. Strache gehört nicht dazu, das ist spätestens seit seiner letzten Aussage klar“, so Ritsch abschließend.

SPÖ-Express, 03.02.2012

SPÖ:

Frauen- und familienpolitische Rahmenbedingungen in Vorarlberg dringend modernisieren!

Die geringste Väterkarenz in ganz Österreich hat wieder einmal Vorarlberg aufzuweisen.

Mit gerade einmal 2,3 Prozent hinken die Vorarlberger weiter den übrigen Bundesländern hinterher. Dabei wären sicher mehr Väter bereit, in Karenz zu gehen, wenn die Rahmenbedingungen besser wären.

Zurückzuführen ist die geringe Zahl natürlich auch auf die höchsten Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Dort, wo diese kleiner sind, gehen mehr Väter in Karenz. Ein zweiter Grund ist das traditionelle Familienbild.

„Die Väterkarenz ist eine Chance für Väter, sich intensiv mit dem Nachwuchs zu beschäftigen. Es ist eine wertvolle Maßnahme, die Hand in Hand gehen muss mit partnerschaftlicher Aufteilung von Berufs- und Familienarbeit“, erklärt SPÖ-Landesfrauenvorsitzende **Olga Pircher**.

Der Papamonat im öffentlichen Dienst war ein erster Schritt. Betriebe und Firmen müssen dabei unbedingt mitspielen, sonst wird die Väterkarenz so gering bleiben. Darüber hinaus braucht es auch bessere Rahmenbedingungen für Frauen, um voll berufstätig sein zu können. Dazu gehört der angebotsorientierte Ausbau der ganztägigen Kinderbetreuung und der ganztägigen Schulangebote. Das wirkt sich nicht nur auf die Einkommensunterschiede im Erwerbsleben aus, sondern auch später auf die Pensionen. „Alles in allem schreit die Frauen- und Familienpolitik in Vorarlberg geradezu nach einem Modernisierungsschub“, so **Olga Pircher**.

SPÖ-Express, 03.02.2012

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Zum Besuch von Bundesverkehrsminister Ramsauer in Unlingen:

Statt Bauzusage unnötige Attacken gegen die neue Landesregierung

UNLINGEN – Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** zieht zum Besuch des Bundesverkehrsministers in Unlingen ein ernüchterndes Fazit: „Ramsauer kam mit leeren Händen nach Unlingen: kein Spaten für die Ortsumfahrung dabei, keine Hinweise darauf, dass Schwarz-Gelb die wichtige Umfahrung Unlingen bald bauen wird.“ Einzig allein scharfe Angriffe gegen die neue Landesregierung in Stuttgart – das reicht laut **Gerster** nicht, um die Enttäuschung über den Ministerbesuch zu kaschieren. **Martin Gerster**: „Über 50 Jahre lang hat in Baden-Württemberg die CDU regiert und nach 9 Monaten an der Landesregierung soll Grün-Rot schuld sein, dass die Ortsumfahrung Unlingen nicht schon längst gebaut wird, so einfach und billig geht es nicht.“

Wichtig ist nach Ansicht des SPD-Abgeordneten **Martin Gerster**, dass die Bundesregierung generell mehr Mittel für Verkehrsprojekte bereitstellt. „Wir benötigen gut 600 Millionen Euro pro Jahr, um den langen Baustau in Baden-Württemberg Stück für Stück abzarbeiten“, so der Biberacher. Konkret schlägt **Gerster** vor, die schwarz-gelben Steuersenkungen für Hotelübernachtungen zurückzunehmen und mit den Mehreinnahmen Verkehrsprojekte zu finanzieren.

Außerdem sei ein neuer, gerechter Verteilungsschlüssel zwischen den Bundesländern längst überfällig. Hier seien Parteien und Politiker aller Farben in der Verantwortung. Gerster: „Ansonsten müssen wir in Baden-Württemberg noch lange auf den Bau wichtiger Verkehrsprojekte warten.“

Biberach, den 3. Februar 2012 **Wolfgang Heinzl,**
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Konzept zur Gefahrenabwehr im ländlichen Raum:

SPD-Landesinnenminister Reinhold Gall kommt in den Landkreis Biberach

BIBERACH – Der Biberacher Bundestagsabgeordnete und SPD-Kreisvorsitzende **Martin Gerster** kann erneut einen hochkarätigen Gast begrüßen: Nach der SPD-Landesgeneralsekretärin Katja Mast MdB kommt nun SPD-Landesinnenminister **Reinhold Gall** MdL in den Landkreis Biberach. Am Freitag, 2. März, wird er ab 19.30 Uhr im Volksbanksaal am Biberacher Bismarckring (Nähe Bahnhof) unter dem Motto „In Freiheit und Sicherheit leben – unser Konzept zur Gefahrenabwehr im ländlichen Raum“ die von der grün-roten Landesregierung geplanten Änderungen der Polizeistruktur vorstellen und mit den Anwesenden diskutieren. **Martin Gerster** lädt zu dieser öffentlichen Veranstaltung des SPD-Kreisverbands herzlich ein und freut sich, dass sich der Minister trotz vieler Anfragen entschieden hat in den Kreis Biberach zu kommen: „Jeder kann sich an diesem Abend ein eigenes Bild machen von Innenminister Gall, der auch seine Pläne zur Polizeireform vorstellen wird, und eine Diskussion ist von uns ausdrücklich erwünscht, denn in jüngster Vergangenheit sind in diesem Zusammenhang zahlreiche falsche Behauptungen aufgestellt worden.“

Schon vor der Abendveranstaltung nimmt der Minister Termine im Landkreis wahr zur Erläuterung seines Konzepts vor Ort. So besucht er am Nachmittag das Polizeirevier Riedlingen, danach ist er beim Bereitschaftspolizeistandort Biberach zu Gast, um anschließend im Landratsamt Landrat, Kreistag und den Sicherheitsverantwortlichen im Landkreis Biberach Rede und Antwort zu stehen, als Abschluss mit dem Eintrag ins Gästebuch des Landkreises. „Innenminister Reinhold ist es ein Anliegen mit uns über die veränderte Sicherheitslage zu sprechen und die notwendigen Reformen insbesondere bei der Polizei zu diskutieren“, erläuterte der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster**. „Neue Formen der Kriminalität und veränderte Gefahrenlagen erfordern Antworten von Seiten der Politik, insbesondere bei der Polizei in Baden-Württemberg gilt es, die Weichen für die Zukunft zu stellen.“ Zu lange habe die frühere schwarz-gelbe Landesregierung Reformen verschleppt, die Überalterung der Polizei hingenommen und die Polizei im ländlichen Raum durch die Schließung von rund 200 Polizeiposten ausgedünnt.



„Wir wollen hingegen die Präsenz der Polizei in der Fläche stärken: Durch eine Veränderung der Polizeistrukturen werden zusätzlich rund 650 Stellen im Polizeivollzugsdienst und damit für die Streifen- und Ermittlungsdienste der Polizeireviere und -posten vor Ort bereitstellen, außerdem kommen rund 240 Stellen im

Nichtvollzugsdienst hinzu“, stellte **Gerster** klar. Der Eintritt zu der Veranstaltung mit dem baden-württembergischen Innenminister **Reinhold Gall** MdL am **Freitag, 2. März, ab 19.30 Uhr im Biberacher Volksbanksaal ist frei.**

Biberach, den 23. Februar 2012
Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Gespräche zur Polizeistrukturereform:

SPD-Landesinnenminister Reinhold Gall kommt nach Riedlingen

RIEDLINGEN –SPD-Landesinnenminister **Reinhold Gall** MdL kommt nach Riedlingen. Am Freitag, 2. März, wird er um 14 Uhr das Polizeirevier Riedlingen besuchen und dabei die von der grün-roten Landesregierung geplanten Änderungen der Polizeistruktur vorstellen und mit Revierleiter **Wolfgang Kurz** und dessen Mitarbeitern besprechen. Begleitet wird Gall dabei voraussichtlich unter anderem von **MdB Martin Gerster**, Landrat **Dr. Heiko Schmid**, Polizeidirektor **Hubertus Högerle**, Bürgermeister **Hans Petermann** und Kreisrat **Franz Lemli**, stellvertretender Landesvorsitzender des SPD-Polizeibeirats. Martin Gerster freut sich, dass sich der Minister trotz vieler Anfragen entschieden hat in den Kreis Biberach zu kommen: „Neue Formen der Kriminalität und veränderte Gefahrenlagen erfordern Antworten von Seiten der Politik, insbesondere bei der Polizei in Baden-Württemberg gilt es die Weichen für die Zukunft zu stellen und dieses Konzept will Reinhold Gall vor Ort erläutern.“ Danach nimmt der Minister weitere Termine im Landkreis wahr. Von Riedlingen aus fährt er zum Bereitschaftspolizeistandort Biberach, um anschließend im Landratsamt Landrat, Kreistag und den Sicherheitsverantwortlichen im Landkreis Biberach Rede und Antwort zu stehen. Der Abschluss ist ab 19.30 Uhr im Volksbanksaal Biberach eine öffentliche Veranstaltung unter dem Motto „In Freiheit und Sicherheit leben – unser Konzept zur Gefahrenabwehr im ländlichen Raum“.

Biberach, den 23. Februar 2012
Wolfgang Heinzl, Büroleiter Bürgerbüro Biberach

SPD Kreis Konstanz MdL Hans-Peter Storz

"Durchsichtige Kampagne"

"Der Einsatz der örtlichen CDU für ein Polizeipräsidium in Konstanz wäre glaubwürdiger, wenn sie keine durchsichtige Kampagne gegen die Polizeireform machen würde", kritisierte **Hans-Peter Storz**. Ziel der Reform sei es, mehr Polizisten zur Verbrechensbekämpfung und weniger in der Verwaltung einzusetzen, sagte der Abgeordnete.

Ein Bestandteil der Reform sei es, die 37 Polizeidirektionen im Land zu 12 leistungsfähigen Polizeipräsidien zusammen zu fassen. Eine Entscheidung über die Standorte sei noch nicht gefallen. Ausschlaggebend seien polizeifachliche Kriterien.

Der CDU gehe es auch weniger um die Region, vermutet Storz, sonst hätte sie nicht über die Zeitung um ein Bündnis für den Standort Konstanz geworben. Die Partei wolle vielmehr davon ablenken, dass sie jahrelang notwendige Reformen im Bereich der Polizei versäumt habe.

14.02.2012

Büro Hans-Peter Storz, MdL

SPD Kreis Ravensburg

Die Energie ist da

SPD-Bundestagsfraktion vor Ort zum „langsamen Abschied von Öl und Atom“

RAVENSBURG (zel) – Was die SPD-Bundestagsfraktion vor Ort in Ravensburg zusammen mit Energieagenturchef Walter Göppel und der Geschäftsführer Netz der Technischen Werke Schussental (TWS), Helmut Hertle, aufzeigte, beeindruckte die rund 60 Zuhörer in der TWS-Aula und ließ sie ein Fazit ziehen: Das Beispiel des Landkreises Ravensburg zusammen mit den Nachbarkreisen Biberach, Bodensee und Sigmaringen müsste bundesweit Schule machen, soll der Energiewenden-Rückwärtssalto der Bundesregierung wegen Fukushima nicht schiefgehen. Das zeigte nach der Begrüßung

durch ihren Biberacher Fraktionskollegen **Martin Gerster** die Stuttgarter SPD-Bundestagsabgeordnete **Ute Vogt** auf.

Vogt war beeindruckt von dem, was Walter Göppel zu Beginn der Veranstaltung in einem kurzen Bildervortrag über die für vier Landkreise zuständige Energieagentur berichtet hatte. Verwertung verdorbener Lebensmittel zu Biogas, Prozessabwärmenutzung von Betrieben oder Erdgasbusse nannte er unter anderem als konkrete Beispiele, um früher verpuffte Energie besser zu verwerten, und ließ die Frage aufkommen, warum bundesweit nicht mehr passiere. Ute Vogt wusste einen Grund: „Es fehlt auf der Bundesebene an Koordination und an Kümmerern.“

Einig war sie sich damit mit Göppel: „Es gibt überall Einsparpotenzial, es braucht Kümmerer.“ Vogt lobte Göppels Analysen, die sie am Nachmittag zusammen mit Martin Gerster bei einem Besuch in der Energieagentur Ravensburg kennen gelernt hatte: „Solche detaillierten Zahlen gibt es bundesweit nicht.“ Der Landkreis Ravensburg sei ein Vorbild, die gemischten Zuständigkeiten auf Bundesebene wirkten aber oft hemmend. Dabei sei es doch der Kern von Wirtschaftspolitik, Energie sicher und bezahlbar zu machen, erläuterte die 47-Jährige: „Es ist ein Motor für Arbeitsplätze, die da neu entstehen, wo dezentral Energie erzeugt wird, das ist nicht globalisierbar und macht die Region unabhängig.“ Zwar habe die Ethikkommission zum Atomausstieg vieles beschlossen: „Es fehlt aber an konkreten Maßnahmen, es gibt keinen Plan, keinen Kompass“, bemängelte Vogt, „die Regierungsfaktionen haben uns noch nicht mal zuerkannt, dazu einen Bundestagsausschuss zu bilden, sie handeln nach dem Prinzip Hoffnung.“ Die SPD wolle einen parlamentarischen Beauftragten für die Energiewende und ein Forum, wo man sich regelmäßig treffe und Maßnahmen koordiniere.



von links der Geschäftsführer Netz der Technischen Werke Schussental (TWS), Helmut Hertle, Energie-

agenturchef **Walter Göppel**, die SPD-Bundestagsabgeordnete **Ute Vogt** und ihr Biberacher Fraktionskollegen **Martin Gerster**.

Bei der Publikumsdiskussion unter der Moderation der stellvertretende Ravensburger SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Christel Ulmer wurde denn auch die Forderung nach einem Bundesenergieminister gestellt, um die große Aufgabe der Energiewende zu schaffen. „Das unterstützt die SPD“, stimmte Ute Vogt zu, ebenso wie TWS-Netze-Geschäftsführer Helmut Hertle: „Auch bei den Stromnetzen gibt’s viel zu zersplitterte Zuständigkeiten.“ Die TWS seien im Übrigen deutschlandweit unter den Top 10: „100 Prozent unseres Stroms sind erneuerbare Energie.“ Damit sind die TWS Vorreiter, ein anderer Vorreiter aus dem Schussental ist die Energieagentur. Geschäftsführer Göppel: „Die Energiewende können nur alle gemeinsam machen.“ Beispielsweise bleibe immer noch ein großer Teil möglicher Kraftwärmekopplungen (KWK) aus Unkenntnis ungenutzt, sagte er, und schilderte ein Beispiel: „Trotz Möglichkeit zur KWK hat jetzt wieder in Biberach eine Eigentümerin ihr Gebäude mit 44 Wohneinheiten auf Gasbrennwertkessel umgestellt und damit auf 20 Jahre festgelegt.“ Unkenntnis auch beim politischen Gegner beklagte der Ravensburger SPD-Kreistagsfraktionschef Rudolf Bindig: „Die CDU hat gerade mit ihrer Mehrheit verhindert, dass wir bei einer Ausschreibung den regenerativen Anteil auf 50 Prozent festlegen konnten.“

Biberach, den 18. Februar 2012
Büro Martin Gerster, MdB

SPD Kreis Ulm MdB Hilde Mattheis

Hilde Mattheis MdB besucht die Akademie für Gesundheitsberufe des Universitätsklinikums Ulm

Die Bundestagsabgeordnete und pflegepolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion **Hilde Mattheis** besuchte am Mittwoch den 15.02.2012 die Akademie für Gesundheitsberufe des Universitätsklinikums Ulm. Im Gespräch wurden aktuelle Fragestellungen in der Gestaltung der Ausbildungen angesprochen und Wünsche an die Politik geäußert. Des

Weiteren wurden gesellschaftliche Rahmenbedingungen wie der demographische Wandel und die Einflüsse der europäischen Integration und der hierdurch angestrebten Angleichung der Berufsabschlüsse diskutiert. „Es ist für mich überaus wichtig mit den Akteuren vor Ort in Kontakt zu sein, um die Erfahrungen der Praxis in die Konzeption der Politik einfließen lassen zu können“ betonte **Hilde Mattheis**.



In der Diskussion wurde die besondere Bedeutung der dualen Ausbildung, in der den Auszubildenden das gleichzeitige Erlangen eines Berufsabschlusses und einer Fachhochschulreife ermöglicht wird, deutlich. Auch die Akademisierung der Berufsbilder ist sehr wichtig. Es werden hierbei spezifische Studienangebote entwickelt, die Wissen in den sich immer stärker spezialisierenden Fachrichtungen vermitteln und den Berufsgruppen berufliche Perspektiven bieten. **Hilde Mattheis** stellte anerkennend fest: „Die Akademie für Gesundheitsberufe ist hierin sehr fortschrittlich und hat zukunftsweisende Konzepte entwickelt, es ist wichtig die politischen Rahmenbedingungen nun zügig so zu gestalten, dass die Konzepte umgesetzt werden können“. Prof. Dr. Tomaschko, der Leiter der Akademie, sagte: „Wir sind bemüht die Ausbildungen ständig weiter zu entwickeln und hierdurch jungen Menschen eine attraktive berufliche Perspektive zu geben.“

Die Akademie für Gesundheitsberufe des Universitätsklinikums Ulm ist der größte Ausbilder im Bereich der Gesundheitsberufe in Baden-Württemberg. In den letzten Jahren hat ein stetiger Ausbau der Ausbildungsplätze stattgefunden. Dies ist auch sehr wichtig, denn es wird in zunehmendem Maße Personal in den Gesundheitsberufen benötigt. In der Krankenpflege ist die Situation schon in manchen Einrichtungen prekär. Daher ist es wichtig die Attraktivität der Berufe zu erhöhen.

Am Termin nahmen Teil: der Leiter der Akademie Herr Prof. Dr. Tomaschko sowie die Fachleiterinnen für Pflegeberufe Frau Heiland, für Hebammen Frau Hoffmann, für DiätassistentInnen Frau Dr. Wenzel und für medizinisch-technische AssistentInnen Frau Meißle sowie Frau Monika Späth, die stellvertretende Kreisvorsitzende Alb-Donau.

Ulm, den 15. 02. 2012

Hilde Mattheis, MdB

Der 43. Hitler Attentäter

Mitte Dezember 2011 berichteten **Südkurier** und **Schwäbische Zeitung** über einen Roman über (verhinderten) einen Hitler-Attentäter namens **Martin Hauber**, geboren in **Langenargen am Bodensee**.

Viktor Glass, Heinz Keller:

"Das Attentat des Herrn Hauber"
(Rotbuch-Verlag)

Da im Roman Martin Hauber als überzeugter SPD-Mann geschildert wurde und die SBI (Sozialistische Bodensee-Internationale) bei der Handlung eine Rolle spielt, hat der Rote Seehas bei den Autoren nachgefragt:

Sozialistische Bodensee-Internationale

gegr. Bregenz 1902 10. Januar 2012

SPÖ Vorarlberg-SP Ostschweizer Kantone-SPD-Kreisverbände am See

nahestehende Gewerkschaftsbezirke

Präsidium: MdL Hans-Peter Storz, Singen, Olga

Pircher SPÖ Vorarlberg,

Fredi Alder, SP Schweiz, Rorschach

Internetzeitung „Roter Seehas“ SPD

Bodenseekreis www.spd-bodenseekreis.de

Link zu Roter Seehas

Karl-Heinz König, Meersburg

e-mail: RoterSeehas@kabelbw.de

Wir bitten freundlichst um die Beantwortung folgender Fragen zu dem Roman „Das Attentat des Herrn Hauber“ zur Veröffentlichung in der Internetzeitung „Roter Seehas“:

Hat die Initiative von Joschka Fischer, im Außenministerium eine Historische Kommission einzuberufen (2004), den Zugang zu den Akten um Martin Hauber erst ermöglicht ?

ANTWORT: Heinz Keller-Nein, hatte Martin Hauber schon vor dem „Nachrufskandal Fischers“ entdeckt. Wenn Sie über diesen Skandal, aus dem Fischer nach meiner Ansicht auch durch Einberufung der Historikerkommission flüchtete, mehr wissen wollen, informiere ich Sie. Der Journalist Christian Hacke schrieb dazu:

„Hat Aussenminister Fischer diese Studie veranlasst, um die Vergangenheit des Amtes aufzuarbeiten? Oder ging es ihm um Diskreditierung der (außenpolitischen) Elite der alten Bundesrepublik? Fischer hatte dem 2004 verstorbenen Botschafter Franz Krapf die übliche amtsinterne Würdigung verweigert.

Ich habe den Schwaben Hauber in den Akten „Diplomatische Beziehungen zur Schweiz“ durch einen Zufall entdeckt als ich in der aktiven Zeit beim Auswärtigen Amt Details über die Wirtschaftstreffen zwischen Deutschland und der Schweiz in der Vorkriegszeit suchte. Ich sagte mir damals:

„wenn du einmal in Pension bist, schreibe ich einen spannenden Roman, vermische Tatsachen mit Fiktion.“



Sind Stolpersteine, Romane wie „Das Attentat des Herrn Hauber“ oder Straßennamen von NS-Widerstandskämpfern und einzelne Gedenkfeiern ausreichend, um den Widerstand gegen die Ausbreitung neonazistischen Gedankengutes heute zu stärken?

ANTWORT:

Um das für manche Menschen verführerische Gedankengut des Nationalsozialismus in einer schwierigen Zeit (Neo-Nazis zeigen heute gerne nur das aus ihrer Sicht schein-

bar Positive) ins richtige Licht zu rücken genügen Sachbücher oder Romane, Gedenkfeiern etc. natürlich nicht. Neo – Nazis zeigen heute gerne das aus ihrer Sicht Positive an diesem System.

Die Bürgerinnen wurden mit monotoner Gleichmäßigkeit mit Infos zum Kampf gegen rechts überschüttet während Euro und Schuldenkrise dahinplätscherten bis die Blase platzte. Die Überflutung führte dazu, dass das Interesse für die braune Vergangenheit nachgelassen hat. Erst der Verfassungsschutzskandal und die Morder der NSU schreckten die Bevölkerung wieder auf.

Wer nicht Zeitzeuge jener Zeit ist, kann sich ergänzend den nationalsozialistischen Terror am besten durch Dokumentar oder Spielfilme vorstellen. Dies gilt vor allem für unsere Jugend, die unterhalten werden möchte und stärker denn je in schweren Zeiten das Vergnügen und das Neue sucht.

Daher wünsche ich mir, dass dieses Buch eines Tages verfilmt wird. Das notwendige filmische Potential ist durch die dubiose Figur Hauber jedenfalls vorhanden. Die beste Wirkung erzielen Informationen, welche durch Unterhaltung in Verbindung mit Aufklärung vermittelt werden. Also ein Roman oder Dokumentar und Spielfilme.

Wie sind die Autoren dem Bündnis der „Sozialistischen Bodensee-Internationale“ auf die Spur gekommen?

Der Schriftsteller Victor Glass (Dieter Walter) kennt die Sozialistische Internationale von jeher. Heinz Keller war im deutschen Auswärtigen Dienst tätig und auch er kennt daher diese Organisation. Außerdem hat er 2008-2009 als Berater für Afrika und Asien im Ruhestand ein internationales Netzwerk für AWO-Heimatgarten aufbaut und fühlt sich mit der SPD verbunden. Siehe [www. Heimatgarten.de](http://www.Heimatgarten.de)

Herr Andreas Fuchs, Archivar der Gemeinde Langenargen, hat nach Erscheinen des Romans Recherchen zu Hauber vorgenommen und plant mit den beiden Schriftstellern, mit denen er Kontakt aufgenommen hat, eine Buchvorstellung im Herbst 2012 im Schloß Montfort.

Sind die Kontakte in der Sozialistischen Bodensee-Internationale in den 30er Jahren tatsächlich der Grund, dass Hauber in die Schweiz flüchten konnte, um von dort aus

seinen Attentatsplan zu organisieren? Was ist über die Familie Frischknecht sonst noch bekannt geworden? (Oder ist der Name „Frischknecht“ ebenfalls Roman-Fiktion?)

Der Name Frischknecht ist Fiktion. Hauber ist jedoch 1935 in die Schweiz geflüchtet und hat sich dort seinen Attentatsplan ausgedacht. Nach Auskunft seiner Nichte Edith Ley aus Konstanz wurde die Familie regelmäßig zur Gestapo zu Verhören bestellt nach dem Hauber in Deutschland 1942 verhaftet worden war. Die gesamte Familie war stets dem Regime gegenüber abweisend eingestellt. Die Eltern Haubers lebten in Konstanz-Wollmatingen. Der Grund für diese Flucht waren aber in Wirklichkeit nicht die Kontakte zur Sozialistischen Bodensee Internationale.

Was ist in den Archivalien über die Bedeutung des Grenzsekretariats der illegalen SPD in St. Gallen aktenkundig bezüglich der Organisation des Widerstands gegen die braune Diktatur und der Rekrutierung von Spanien-Kämpfern gegen den Franco-Putsch in den 30er Jahren?

Diese Frage beantwortet Herr Victor Glass und zur zweiten Fragen über die Rekrutierung:

Aus der Sozialdemokratie, von den Sozialisten, Anarchisten, den internationalen Brigaden meldeten sich in Nord und Ostspanien, in Katalonien und dem Baskenland Freiwillige zu den internationalen Brigaden der offiziellen Regierung Spaniens. Die Aufständischen, die Franco Truppen, kämpften gegen die frei gewählte spanische Regierung, die nicht nur aus Kommunisten und Sozialisten bestand. Die Hauptstadt wurde nach Valencia verlegt, da Francos Truppen wegen der Hilfen durch Mussolini (Luftwaffe und Ausrüstung, Italiensche Truppen und Hitler (Luftwaffe, Legion Condor) immer weiter ins Land vordrangen. Der Besuch Wehners im Auftrag Haubers beim spanischen Gesandten Antonio Fabra-Ribas ist keine Fiktion. Dies wurde durch einen Geheimbericht der Deutschen Gesandtschaft Bern bestätigt. Die Dialoge wurden natürlich an Hand der Akteninformationen nachgestellt. In Bern gab es übrigens neben der offiziellen Gesandtschaft der Republik Spanien in der Brunadernstraße 43 auch eine Vertretung des nationalen Franco Regimes in der Schwarztorstraße 43 in Bern. Die Haus Nummer 43 sind Zufall.

Nach spanischen Quellen finanzierten die Sozialisten z. B in Deutschland die Reise solcher Freiwilliger, die dann nach Spanien reisten und sich bei amtlichen Stellen meldeten, die ihnen zuvor die Sozialisten bekanntgegeben hatten. Zwischen den verschiedenen Gruppen gab es Spannungen man war sich nicht immer einig und Befehle wurden nicht immer befolgt. So mangelte es auch an Disziplin und Moskau unterstützte den Widerstand lange nicht wie erwartet.

Nach welchen Vorlagen hat Roman-Coautor Glass die parteipolitisch eher nicht gebundene Figur Martin Hauber im Roman zu einem lokalen SPD-Aktivisten umgeschrieben? Daher stellt sich die Frage, warum die beiden Autoren Hauber zum überzeugten Sozialdemokraten gemacht haben?

Siehe www.SPD Verfolgung im Dritten Reich..

Die SPD hatte in den Dreißigerjahren die größte Anhängerschaft mit ca. 18-25% aller Stimmen. Vor der Machtübernahme warnte sie vor dem Nationalsozialismus und nach der Machtübernahme wurden die Politiker dafür bestraft. Viele Reichstagsabgeordnete aber auch lokale SPD Politiker wurden inhaftiert, weil sie missliebiger waren. Man wurde vorsichtiger, um die Partei zu erhalten. Mehr als 25000 Kommunisten, Sozialdemokraten, Journalisten, Schriftsteller etc. wurden inhaftiert, im KZ misshandelt oder gar ermordet.

Diesen Menschen in der zweiten Reihe widmet sich der Roman in Anerkennung für deren Courage. Sie sind nicht so bekannt wie Graf Stauffenberg oder Georg Elser, wie Carl Friedrich Goerdeler. Sie stehen in der zweiten Reihe, waren auch mutig und mussten dafür büßen. Hauber kam wie der Journalist Carl Albert Fritz Michael Gerlich ins KZ Dachau. Gerlich, der im Roman geehrt wird, er wurde am 1.7.1934 auf dem Schießplatz Dachau erschossen während Hauber den Krieg überlebte.

Um die mutigen Politiker zu ehren, daher wurde Hauber fiktional als verfolgter SPD Politiker im Roman dargestellt und auch an Dr. Gerlich gedacht. Die mutigen Männer bewiesen, man muss auch in schweren Zeiten den humanen Impuls bewahren, von der Norm „man könne nichts tun“ abweichen.

die Fragen stellte Willi Bernhard.

Auflösung:

Der Rote See hat in seiner Ausgabe 124 gefragt, welches politische Amt der bisherige griechische Ministerpräsident Georgios Papandreou nach seinem Amtsverzicht letztes Jahr noch inne hat.

Als erster Leser antwortete der Thurgauer Sozialdemokrat Peter Gubser: Papandreou ist **amtierender Präsident der Sozialistischen Internationale**, dem weltweiten Bündnis von sozialdemokratischen Parteien, am 20. Juli 1889 in Paris gegründet.

Peter Gubser erhält einen Gutschein für eine Fahrt nach Straßburg oder nach Brüssel.

Mail-Informationsdienst der SPD-Bundestagsfraktion Freitag, 10. Februar 2012

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt":

- Die Stabilität unseres Stromnetzes ist einer Belastungsprobe ausgesetzt

Die Themen:

- Ben Jaffar spricht über Euphorie und Ernüchterung in Tunesien
- Untersuchungsausschuss zur Neonazi-Mordserie nimmt Arbeit auf
- "It's the real economy, stupid!"
- Regierung fährt Energiewende vor die Wand
- Besserer Schutz durch Arbeitslosenversicherung
- Soziale Lage der Filmschaffenden verbessern
- Röttgen legt "Gorlebenfindungsgesetz" vor
- Von der Bundesverkehrswegeplanung zur Bundesverkehrsnetzplanung
- "Politiker müssen bei Bürgern für Europa werben"
- SPD-Fraktion fordert Hochschulsozialpakt
- Aydan Oezoguz spricht Grußwort bei Auftritt von Sängerin Aynur Aydin

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier:

- Steinmeier: Wer Griechenlands Euro-Austritt fordert, macht es sich zu leicht
- Video/Foto:
- Steinmeier: Wer Griechenlands Euro-Austritt fordert, macht es sich zu leicht
- Diskussionsveranstaltung zum Umbruch in der arabischen Welt
- Rede Steinmeier: Regierung fährt Energiewende vor die Wand
- Steinmeier: Regierung muss bei Energiewende endlich liefern
- Gespräch der Arbeitsgruppe Kultur und Medien zur sozialen Lage der Filmschaffenden
- Nicolette Kressl über die Herausforderungen der Finanzpolitik 2012

Veröffentlichungen

- Zeitung: Gute Arbeit 1/2012
- Fraktion Intern Nr. 1/2012 vom 6.2.2012
- Reihe positionen: Den UN-Vertrag über die Rechte von behinderten Menschen umsetzen.

Sonstiges:

- Sport in Deutschland - Aktiv für Integration und Demokratie - Wettbewerbsaufruf der SPD-Bundestagsfraktion

Frank-Walter Steinmeier "Mein Standpunkt"

Die Stabilität unseres Stromnetzes ist einer Belastungsprobe ausgesetzt
Der Kälteeinbruch der vergangenen Tage zeigt, dass unsere Netzstabilität angespannt ist. Die Energiewende bleibt darum das wichtigste Umbauprojekt dieses Jahrzehnts. Doch sie droht am Regierungschao zu scheitern - mit unabsehbar negativen Folgen für die Verbraucher und fuer die Industrie in Deutschland. Es fehlt eine konzentrierte Steuerung. Wir brauchen die politische Kompetenz für Energiepolitik und Netzausbau in einer Hand.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60067,00.html

Die Themen

AUSSENPOLITIK

Ben Jaffar spricht über Euphorie und Ernüchterung in Tunesien - Diskussionsveranstaltung zum Umbruch in der arabischen Welt

"Unser Volk will Freiheit, wir haben keine Angst mehr" - mit bewegenden Worten sprach Ben Jaffar, Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung Tunesiens vor 400 Gästen über die Revolution in seinem Land. Auf der Veranstaltung wurde Bilanz gezogen ein Jahr nach dem Arabischen Frühling: Was wurde erreicht? Wo lauern Gefahren? Wo können wir helfen?

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60132.00.html

INNERES

Untersuchungsausschuss zur Neonazi-Mordserie nimmt Arbeit auf - Eva Hoegl: "Wir wollen lückenlose Aufklärung!"

Der Ausschuss wird insbesondere die Frage untersuchen, wo Behörden versagt haben und ob und wie der Gesetzgeber auf Bundesebene tätig werden muss. Die drei SPD-Mitglieder stellten sich in Berlin den Fragen der Presse.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60140.00.html

WIRTSCHAFT

"It's the real economy, stupid!" - Moderne Industriepolitik für die Arbeitswelt von morgen
Fast ein Viertel unserer Wertschöpfung wird in der Industrie erwirtschaftet. Zwei Drittel aller Arbeitsplätze hängen von der industriellen Produktion ab. Die SPD-Fraktion hat jetzt ihr Konzept zur Modernisierung des Industriestandorts Deutschland in den Bundestag eingebracht. "Wir brauchen eine Stärkung der realen Wertschöpfung und nicht der Finanzwirtschaft", sagte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil in der Parlamentsdebatte.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60159.00.html

UMWELT/REAKTORSICHERHEIT

Regierung fährt Energiewende vor die Wand - Schwarz-Gelb gefährdet Wachstum und Arbeitsplätze
Bevor Schwarz-Gelb regierte, hat es eine Energiewende gegeben, die Rot-Grün mit Augenmass und Realismus eingeleitet hatte, sagte Frank-Walter Steinmeier. Die jetzt zuständigen Minister Roesler und Röttgen würden gegeneinander arbeiten und die Kanzlerin steuere nicht. Das, was die Regierung abliefern sei "kurzsichtig mit Blick auf das Klima und die endlichen Ressourcen und kurzsichtig mit Blick auf die Wirtschaft", sagte Steinmeier in der gestrigen Aktuellen Stunde.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59868.00.html

ARBEIT

Besserer Schutz durch Arbeitslosenversicherung - SPD-Fraktion will Abgleiten von Beschäftigten in die Grundsicherung verhindern

Jeder vierte Beschäftigte, der arbeitslos wird, hat keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I, sondern ist unmittelbar auf die Grundsicherung angewiesen. Die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung greift für sie nicht - obwohl sie regelmäßig Beiträge in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben. Die SPD-Fraktion will das ändern und die Voraussetzungen für den Bezug von Arbeitslosengeld I erleichtern.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60158.00.html

KULTUR UND MEDIEN

Soziale Lage der Filmschaffenden verbessern - Kultur- und Medienpolitiker der SPD-Fraktion im Gespräch mit Film- und Fernsehschaffenden

Im Vorfeld der diesjährigen Berlinale hat sich die Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion mit Vertretern der Filmschaffenden getroffen, um über deren soziale Lage zu sprechen. Im Mittelpunkt stand dabei der Vorschlag der SPD, in der Arbeitslosenversicherung die Regelungen für kurz befristet Beschäftigte zu verbessern. Ziel ist es, im Falle von Arbeitslosigkeit ein direktes Abgleiten auf das Niveau der Grundsicherung zu verhindern.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60133.00.html

UMWELT

Röttgen legt "Gorlebenfindungsgesetz" vor - Gutachten zum Regierungsentwurf für ein Endlagersuchgesetz
Auch der zweite Entwurf aus Röttgens (CDU) Umweltministerium für ein Endlagersuchgesetz ist mangelhaft. Hierzu hat die SPD-Bundestagsfraktion heute ein von ihr beauftragtes Gutachten von Dr. Wolfgang Renneberg

vorgestellt. Hauptkritikpunkt ist, dass der Standort Gorleben als gesetzt gilt und die Prüfung auf Ausschlusskriterien entfallen soll. Zudem werden die Schutzziele des Atomrechts durch die Schaffung eines neuen allein verantwortlichen Bundesinstituts ausgehebelt.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59869,00.html

VERKEHR/BAU/STADTENTWICKLUNG

Von der Bundesverkehrswegeplanung zur Bundesverkehrsnetzplanung - SPD-Fraktion debattiert Vorschläge und Fragen

Die SPD-Bundestagsfraktion hat Vorschläge für eine grundlegende Reform der Bundesverkehrswegeplanung vorgelegt und heute im Rahmen eines Werkstattgesprächs mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen sowie Verkehrspolitikern aus den Ländern diskutiert. Ziel ist es, den Reformstau in der Verkehrspolitik des Bundes aufzulösen und den Bau von Verkehrswegen wirtschaftlicher, umweltfreundlicher und bürgernäher zu gestalten.

Mehr ...:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59865,00.html

AKTUELL

"Politiker müssen bei Bürgern für Europa werben" - Steinmeier und Steinbrück auf der Münchner Sicherheitskonferenz

Üblicherweise blickt man von München aus auf die Krisenherde der Welt, weniger nach innen. Dennoch war die deutsche Rolle in Europa und der Welt das Auftaktthema der Münchner Sicherheitskonferenz. Darüber diskutierte SPD-Fraktionschef Steinmeier mit dem britischen Historiker Timothy Garton Ash, Verteidigungsminister Thomas de Maizière und Weltbankchef Robert Zoellick. Peer Steinbrück analysierte die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Sicherheitspolitik.

Mehr

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60054,00.html

BILDUNG

SPD-Fraktion fordert Hochschulsozialpakt - Soziale Angebote für Studierende verbessern

Die SPD-Bundestagsfraktion macht sich für bessere soziale Angebote an den Hochschulen stark. In einem Antrag fordern die Sozialdemokraten mehr Wohnheimplätze, Mensen und Kitas sowie Verbesserungen bei der Barrierefreiheit an den Unis. Die Bundesregierung soll dafür mit den Ländern einen Hochschulsozialpakt schließen.

Mehr ...

http://internet.spd.frak/cnt/rs/rs_dok/0,,60160,00.html

INNERES

Aydan Oezoguz spricht Grußwort bei Auftritt von Sängerin Aynur Aydin - Wie Schüler ein Popkonzert zum Thema Integration organisierten

Wie funktioniert Integration? Was ist das überhaupt? Eine Woche lang planen Schüler ein Live-Konzert der türkischen Sängerin Aynur Aydin und befragen auf den Strassen Passanten zur Integration. Aydan Oezoguz eröffnet das Konzert in der Schulaula - und zeigt sich begeistert vom Konzept und Engagement der Kinder. Eine Reportage.

Mehr ...

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,60022,00.html

Pressestatement Frank-Walter Steinmeier

Wer Griechenlands Euro-Austritt fordert, macht es sich zu leicht - Pressestatement von Frank-Walter Steinmeier zur Sondersitzung der SPD-Fraktion

Frank-Walter Steinmeier sagte in seiner Stellungnahme, dass eine Pleite Griechenlands zur einer Ansteckungsgefahr für andere Länder führen könne. Vielmehr müsse es darum gehen, die griechische Wirtschaft anzukurbeln. Der Regierung warf er Unentschlossenheit vor.

Mehr:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59907,00.html

Video/Foto

Steinmeier: Wer Griechenlands Euro-Austritt fordert, macht es sich zu leicht

Video ansehen: ...:

http://www.youtube.com/watch?v=eq0D5RYk3Ik&feature=channel_video_title

Diskussionsveranstaltung zum Umbruch in der arabischen Welt

Video ansehen:

http://www.youtube.com/watch?v=dFsChD_3X8Q&feature=relmfu

Fotos ansehen:

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157629242360803/>

Steinmeier: Regierung fährt Energiewende vor die Wand

Video ansehen ...:

<http://www.youtube.com/watch?v=eoAkTOF17pM&feature=relmfu>

Steinmeier: Regierung muss bei Energiewende endlich liefern

Video ansehen

<http://www.youtube.com/watch?v=AWAx5DkIK5k&feature=relmfu>

Nicolette Kressl über die Herausforderungen der Finanzpolitik 2012

Video ansehen

<http://www.youtube.com/watch?v=umS0r-NiwnU&feature=relmfu>

Gespräch der Arbeitsgruppe Kultur und Medien zur sozialen Lage der Filmschaffenden

Fotos ansehen

<http://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/sets/72157629216690255/>

Veröffentlichungen

Zeitung: Gute Arbeit 1/2012

Die Arbeitnehmerzeitung der SPD-Bundestagsfraktion

(8 Seiten, A3, Ausgabe 1/2012)

Zeitung ansehen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15715,00.pdf

Fraktion Intern Nr. 1/2012 vom 6.2.2012 mit dem Schwerpunktthema: Projekt Zukunft

Fraktion Intern ansehen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15654,00.pdf

Reihe positionen: Den UN-Vertrag über die Rechte von behinderten Menschen umsetzen. - Was ist wichtig in einer Gesellschaft für alle Menschen?

Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion in leichter Sprache.

(positionen 01/12, 41 Seiten, Januar 2012)

Heft ansehen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_datei/0,,15647,00.pdf

Diese und weitere Veröffentlichungen können Sie bei uns kostenlos bestellen:

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_rubrik/0,,3214,00.html

Sonstiges

Sport in Deutschland - Aktiv für Integration und Demokratie - Wettbewerbsaufruf der SPD-Bundestagsfraktion
Anlässlich ihres diesjährigen Frühjahrsempfangs zum Thema Sport zeichnet die SPD-Bundestagsfraktion Vereine, Initiativen oder Projekte im Bereich des Sports aus, die sich in besonderer Weise für Integration, für Demokratie bzw. im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren. Wir suchen Vereine, Initiativen etc. aus dem Breitensport, die sich besonders sozial engagieren, die etwas Außergewöhnliches leisten und damit das Miteinander stark fördern.

Mehr: ...

http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,59956,00.html

Mit freundlichen Grüßen

webteam@spdfraktion.de

www.spdfraktion.de

Impressum

Herausgeber:

SPD Bodenseekreis, Kreisvorsitzender Adnan Sabah

E-Mail: ASabah1@web.de

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg

Tel.: 07532/313048

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Jochen Wiemken:

newsdesk@spd.de

Evelyne Gebhardt, MdEP:

EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europa Aktuell:

Büro Peter Simon, MdEP:

peter.simon@europarl.europa.eu

Dr. Paul Wengert | MdL, BY:

paul.wengert@gmx.de

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

hilde.mattheis.ma01@bundestag.de

SPÖ-Express:

laendle@spoe.at

www.spoe.at

Irene Demuth.

id-demuth@t-online.de

Norbert Zeller:

norbert@zeller-home.com

Hans Klein:

ha-klein@web.de

Claudia Friedl, Parteipräsidentin:

claudia.friedl@bluewin.ch

Dario Sulzer, Politischer Sekretär:

sulzer@sp-sg.ch

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

Bürgerbüro Biberach:

Wolf99maci@aol.com

Büro H.-P. Storz, MdL:

info@hans-peter-storz.de

SPD Presseservice:

pressestelle@spd.de

Wahlkreisbüro Hilde Mattheis:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de

Maildienst SPD-Fraktion:

webteam@spdfraktion.de

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de